

HANDREICHUNG

FAMILIENFREUNDLICHE KOMMUNE

Landesfamilienrat

Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Arbeit und Gesundheit



Arbeitsgemeinschaft
Netzwerk Familie
Baden-Württemberg e.V.



Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

FaFo
Familienforschung

IMPRESSUM

Handreichung
Familienfreundliche Kommune

Herausgeber

Landesfamilienrat Baden-Württemberg, mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg e.V., FamilienForschung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Redaktionsteam

Stefan Goller-Martin, AG Netzwerk Familie BW e.V.
Patrik A. Hauns, AG Netzwerk Familie BW e.V.
Dr. Andrea Keller, KVJS BW
Jana Kempf, AG Netzwerk Familie BW e.V.
Dr. Alexandra Klein, Landesfamilienrat BW
Lara Waterstraat, AG Netzwerk Familie BW e.V.

Ergänzungen zu Kinderschutz und Schutzkonzepte:

Barbara Becker, Der Kinderschutzbund Landesverband BW
Jessica Roth, Der Kinderschutzbund Landesverband BW

Vertrieb

FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt
Raiffeisenplatz 5, 70736 Fellbach
Artikelnummer: 805826001

Titelbild:

© aelitta – iStock.de

Endredaktion, Layout

Landesfamilienrat Baden-Württemberg,
Agentur 2nachAcht, Reutlingen

Auflage

1.500 Exemplare

Juni 2026

GRÜßWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

Familien sind das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Denn sie sind der Ort, an dem Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und füreinander da sind. Dabei sind die Lebenslagen und Lebensrealitäten von Familien vielfältig und beständig im Wandel.

Gute Familienpolitik findet vor Ort statt und muss die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien in den Blick nehmen: verlässliche Kinderbetreuung, bezahlbares Wohnen, gute Mobilität, gelingende Integration, soziale Teilhabe sowie Angebote der Familienförderung. Entscheidend ist dabei aber nicht allein das Vorhandensein einzelner Maßnahmen, sondern vor allem auch ihr Zusammenspiel. Familienfreundliche Strukturen entstehen dort, wo Verwaltung, Politik, Bildungseinrichtungen, Vereine, soziale Träger, Unternehmen und engagierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Mit der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ möchten wir den Gemeinden, Städten und Landkreisen ein praxisnahes Instrument an die Hand geben, um die Familienfreundlichkeit vor Ort systematisch zu betrachten und weiterzuentwickeln. Der vorliegende Katalog mit über 200 Fragen zur Selbstevaluation wurde vom Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit gemeinsam mit zahlreichen kommunalen Expertinnen und Experten entwickelt und unterstützt dabei, bestehende Angebote sichtbar zu machen, Entwicklungsbedarfe zu erkennen und neue Impulse für eine familiengerechte Gestaltung des kommunalen Lebensraums zu setzen.



© Roland Geiger

Ich danke allen, die sich mit Engagement, Herzblut und Ideenreichtum für gute Lebensbedingungen von Familien einsetzen. Möge die Neuauflage dieser Handreichung dazu beitragen, unsere Kommunen noch lebenswerter, generationengerechter und familienfreundlicher zu gestalten.

Herzlich Ihr

O. Hildenbrand

Oliver Hildenbrand MdL
Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit



VORWORT

Familienfreundliches und familienbewusstes Handeln gehört heute zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben der Kommunen in Baden-Württemberg. In Zeiten von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz, demographischem Wandel, Fachkräftemangel, Klimafolgen sowie krisenhaften Erfahrungen stehen Städte, Gemeinden und Landkreise vor tiefgreifenden Veränderungsprozessen. Für Familien werden diese Entwicklungen besonders dort spürbar, wo sie ihren Alltag gestalten: beim Wohnen, bei Bildung und Betreuung, bei Mobilität, Gesundheit, Teilhabe und im öffentlichen Raum. Familienfreundlichkeit ist damit mehr denn je sowohl Standortfaktor als auch Gradmesser für sozialen Zusammenhalt.

Die vorliegende Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ unterstützt Kommunen seit 2006 dabei, Familienfreundlichkeit strategisch und systematisch zu verankern. Sie wurde seither mehrfach überarbeitet und auf der Basis vieler Praxiserfahrungen fortgeschrieben. Die nun vorliegende Fassung greift aktuelle Themen und neue fachliche Entwicklungen auf. Ergänzt wurden unter anderem Aspekte zu Kinderschutz und verbindlichen Schutzkonzepten, zu Gesundheitsförderung, Prävention und Krisenfestigkeit. Einen noch größeren Stellenwert erhalten digitale Informationswege, medien- und digitalkompetente Bildungsangebote, einschließlich des Umgangs mit Social Media und Online-Risiken sowie Fragen von Qualitätsstandards und der Berichterstattung in kommunalen Gremien und interkommunaler Kooperation.

Im Zentrum stehen fünf Leitfragen, an denen sich die Kommunen bei der Analyse und der Weiterentwicklung ihrer Angebote orientieren:

- Entsprechen Zielsetzung und Ausgestaltung der Angebote den aktuellen Lebenslagen und Bedarfen von Familien?

- Sind die Akteurinnen und Akteure gut vernetzt, werden ihre Angebote transparent kommuniziert und für die Zielgruppen leicht auffindbar gemacht?
- Werden Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere Kinder, Jugendliche und Betroffene, an Planungen, Entscheidungen und Umsetzung von Angeboten und Maßnahmen beteiligt?
- Wird Familienfreundlichkeit in der kommunalen Steuerung als Querschnittsaufgabe verstanden und ressortübergreifend bearbeitet?
- Sind Angebote, Prozesse und das kommunale Prozessmanagement auf Qualität, Schutz, Nachhaltigkeit und regelmäßige Überprüfung ausgerichtet?

Erarbeitet wurde die Handreichung von der Arbeitsgruppe „Handreichung Familienfreundliche Kommune“, die sich aus Expertinnen und Experten der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg e.V., der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und des Landesfamilienrats Baden-Württemberg zusammensetzte. Der Landesfamilienrat hat bei der aktuellen Überarbeitung erstmals in der Arbeitsgruppe mitgewirkt, die Koordination der Redaktionsgruppe und des Aktualisierungsprozesses übernommen und fungiert als Herausgeber dieser Ausgabe.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe freuen sich, Ihnen diese aktualisierte Fassung der Handreichung zur Verfügung stellen zu können. Wir wünschen allen Anwenderinnen und Anwendern viel Erfolg bei der Weiterentwicklung ihrer familienfreundlichen Zukunftsprojekte – für lebenswerte, demokratische und krisenfeste Städte, Gemeinden und Landkreise und für eine nachhaltige Lebensqualität der Familien in ihrer Kommune.

Renate Schmetz, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg e.V.

Prof. Dr. Kornelius Knapp, Vorsitzender des Landesfamilienrats Baden-Württemberg

Frank Stahl, Verbandsdirektor des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Dr. Anke Rigbers, Präsidentin des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg

"Die Handreichung gibt uns wichtige Impulse für die Entwicklung unserer kommunalen Familienangebote. Sie ist uns damit zu einem unverzichtbaren Ratgeber und Planungsinstrument geworden."

Florian King, Bürgermeister Bodelshausen

"Die Handreichung ist ein wichtiger familienpolitischer Kompass, an dem wir uns mit unseren Einrichtungen und Angeboten als Große Kreisstadt orientieren, und unser familienfreundliches Profil schärfen können."

Renate Schmetz, Erste Bürgermeisterin Ludwigsburg

"Die Weiterentwicklung der Einrichtungen und Rahmenbedingungen für unsere Familien und Familiennetzwerke ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Stadt. Mit der Handreichung Familienfreundliche Kommune haben wir für unsere Stadtverwaltung ein hervorragendes Nachschlagewerk, anhand dessen Handlungsfeldern wir unsere Aufgaben analysieren und zielgerichtet weiterentwickeln können."

Sarina Pfründer, Bürgermeisterin Lauffen am Neckar

INHALT

Hinweise	9
Zur Arbeit mit der Handreichung.....	9

Gemeinsam Handeln	13
Für mehr Familienfreundlichkeit in unseren Städten und Gemeinden	13

Handlungsfeld 1	
Kommunale Steuerung und Vernetzung.....	21

Handlungsfeld 2	
Familienbildung und Familienförderung	31

Handlungsfeld 3	
Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung	41

Handlungsfeld 4	
Bildung, lebenslanges Lernen	51

Handlungsfeld 5	
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	61

Handlungsfeld 6	
Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität	69

Handlungsfeld 7	
Freizeit und Kultur	79

Handlungsfeld 8	
Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte.....	87

Handlungsfeld 9	
Älterwerden, Zusammenleben der Generationen	95

Handlungsfeld 10	
Gesundheitsförderung und Prävention	103

HINWEISE

ZUR ARBEIT MIT DER
HANDREICHUNG



NEUFASSUNG DER HANDREICHUNG

Die vorliegende aktualisierte Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ bietet einen Überblick über wesentliche Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik und dient dazu, eine kommunal strukturierte Familienförderung zu definieren und Wege aufzuzeigen, um das spezifische familienfreundliche Profil einer Kommune zu schärfen.

Die Handreichung ermöglicht den Gemeinden und Städten eine systematische Bestandsaufnahme, eine Festlegung von bedarfsorientierten Zielen und damit eine strategische Weiterentwicklung ihrer familienfreundlichen Infrastruktur.

Sie ist als prozessunterstützendes Analyse- und Planungsinstrument für Kommunen und ihre mitwirkenden Akteurinnen und Akteure im Sinne eines „Standortfaktors Familienfreundlichkeit“ zu verstehen.

Die Handreichung ist mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg, dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg abgestimmt und wird zur Anwendung empfohlen.

In der Anwendung müssen nicht alle Handlungsfelder von einer Kommune parallel bearbeitet werden. Die Handreichung eignet sich vielmehr auch dazu, spezielle Handlungsfelder auszusuchen, um diese nach dem aktuellen kommunalen Bedarf zu bearbeiten. Daher erscheinen wiederholende Fragestellungen in den einzelnen Handlungsfeldern.

Die Handreichung erhebt wegen der lokal unterschiedlichen Bedürfnisse und Anforderungen in den Kommunen nicht den Anspruch, umfassend und überall zutreffend zu sein. Bestimmte Fragestellungen oder Aspekte zur Familienfreundlichkeit können in einigen Orten weniger relevant sein. Andere, nicht genannte Aspekte, können jedoch vor Ort einen hohen Stellenwert haben. Die Handreichung gibt daher keine abschließenden Standards zur Familienfreundlichkeit vor.

ANWENDUNG

Die Handreichung ist in 10 thematische Handlungsfelder gegliedert. Jedes Handlungsfeld behandelt vier grundlegende Aspekte:

- Strukturfragen für Rat und Verwaltung
- Prozessmanagement, Beteiligung und Nachhaltigkeit
- Information und Kommunikation
- Angebote und Leistungen

Bei der praktischen Bearbeitung kann es sinnvoll sein, die Handlungsfelder von unterschiedlichen Fachbereichen (Ämtern) gleichzeitig oder in abgestimmter zeitlicher Reihenfolge getrennt zu bearbeiten. Wegen der Querschnittsrelevanz ist die abschließende Zusammenführung und Diskussion aller Ergebnisse der analysierten Handlungsfelder sinnvoll.

Nur die Gesamtschau auf die Bestandsaufnahme schafft eine fundierte Ausgangsbasis für eine bedarfsorientierte und nachhaltige Weiterentwicklung der familienfreundlichen Infrastruktur.

Unabhängig von der Zahl der Beteiligten und Entwicklungsprozesse hat es sich sehr bewährt, in jeder Kommune eine verantwortliche Ansprechperson für die Anwendung der Handreichung zu bestellen. Kommunale Familienbeauftragte erhalten mit der Broschüre eine Hilfestellung für relevante örtliche Themenschwerpunkte. Die Broschüre dient auch als Grundlage für die Einarbeitung in die vielfältigen Themen und Fragen im Bereich der Familienfreundlichkeit. Wichtig ist auch, dass die kommunale Führungsebene in die Entwicklung von Zielen und Maßnahmen verantwortlich einbezogen bleibt.

WEITERENTWICKLUNG

Die gesellschaftliche Entwicklung und damit einhergehenden rechtlichen und tatsächlichen Änderungen erfordern eine kontinuierliche Fortschreibung und Neubestimmung von Familienfreundlichkeit in den Gemeinden und Städten. Die Handreichung soll deshalb kontinuierlich weiterentwickelt werden. Hinweise und Ergänzungen können gerne an das Redaktionsteam weitergegeben werden.

GEMEINSAM HANDELN

FÜR MEHR
FAMILIENFREUNDLICHKEIT
IN UNSEREN STÄDTEN UND
GEMEINDEN



1. „GEMEINSAM HANDELN – FÜR MEHR FAMILIENFREUNDLICHKEIT IN UNSEREN STÄDTEN UND GEMEINDEN“

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt bereits seit einigen Jahren, die Anteile älterer und hochbetagter Menschen nehmen deutlich zu. Schon jetzt ist jeder fünfte Mensch in Baden-Württemberg 65 Jahre und älter. Gleichzeitig werden Familienformen und Lebensweisen sowie die kulturelle Herkunft der Einwohnerinnen und Einwohner vielfältiger. Die Kommunen stehen somit vor der Herausforderung, den sozialen Zusammenhalt in den Ortsteilen und Stadtquartieren zu gewährleisten, also das Miteinander der Menschen und die gegenseitige Unterstützung zwischen den Generationen zu stärken.

Hinzu kommt die Aufgabe, die kommunale Infrastruktur an die sich wandelnden Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort flexibel anzupassen, sodass eine funktionierende Grundversorgung, auch im Krisenfall, sichergestellt ist. Dazu gehören klare Kommunikationswege (mehrsprachig, barrierearm, online und analog), Notbetriebspläne für zentrale Einrichtungen sowie leicht erreichbare Begegnungs- und Anlauforte in den Quartieren. Solche Orte wirken auch Einsamkeit entgegen, sowohl bei älteren als auch bei jüngeren Menschen und schaffen Chancen für Teilhabe und Mitwirkung.

Dabei kommt es darauf an, die Angebote und Leistungen für ältere Menschen auszubauen und gleichzeitig die Bedürfnisse und Interessen von jüngeren Menschen,

Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien im Blick zu behalten und die Angebote für diese bei entsprechendem Bedarf ebenfalls weiter zu entwickeln.

Zugleich haben Kommunen in den vergangenen Jahren deutlich mehr Aufgaben übernommen und arbeiten vielerorts unter engen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Umso wichtiger ist es, die vorhandenen Gestaltungsspielräume gut zu nutzen: Prioritäten zu setzen, Angebote so auszurichten, dass sie wirksam und bezahlbar sind, Kooperationen auszubauen und digitale Ergänzungen gezielt einzusetzen, beispielsweise bei Information, Beratung und Terminorganisation. Aus Erfahrungen mit außergewöhnlichen Lagen (zum Beispiel Hitze, Hochwasser, Stromausfall, Pandemie) erwächst der Anspruch, Strukturen vorausschauend krisenfest zu machen.

Trotz der finanziellen und personellen Engpässe gibt es in den Kommunen Gestaltungsspielräume, um sich familienfreundlich auszurichten. Wichtig ist dabei, dass die gesamte Familie, die vielfältigen Familienformen und Familienmitglieder über alle Lebensphasen in den Blick genommen werden. Grundsätzlich sind die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ebenso berührt, wie die Belange von Erwachsenen. Fragen des Zusammenlebens von Jung und Alt, von Menschen mit und ohne Behinderungen sowie von Menschen unterschiedlicher Herkunft ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche in den Kommunen.

Diversity und Antidiskriminierung prägen als grundlegende Haltung das kommunale Handeln. Familienfreundliche Gemeinden und Städte richten ihre Strukturen, Verfahren und Angebote so aus, dass alle Menschen unabhängig von ethnischer Herkunft, Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Lebensalter, körperlicher und geistiger Voraussetzungen, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung, sozialer Herkunft oder anderer Merkmale oder Kriterien gleichberechtigt teilhaben können. Dazu zählen ein gerechter Zugang zu Leistungen, diskriminierungssensible Kommunikation sowie der Schutz vor und Unterstützung

bei Benachteiligung und Diskriminierung. Kommunen nehmen dabei unterschiedliche Lebenslagen und strukturelle Ungleichheiten bewusst in den Blick und berücksichtigen diese bei Abwägungen, Prioritätensetzungen und Entscheidungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Diese Haltung prägt das kommunale Handeln insgesamt und zieht sich als Querschnittsaspekt durch alle Handlungsfelder der Familienfreundlichkeit.

Familien sind Orte der Demokratie: Wo vielfältige Familienformen anerkannt und beteiligt werden, wachsen Vertrauen, Zusammenhalt und Resilienz; Antidiskriminierung sowie zugängliche Beschwerde- und Schutzwege sind deshalb fester Bestandteil des Vorgehens.

Um dieser Vielfalt gerecht zu werden, bündelt die vorliegende Handreichung zehn Handlungsfelder, die je nach Ausgangslage vor Ort flexibel bearbeitet werden können. Sie unterstützt damit einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess: von der systematischen Bestandsaufnahme über gemeinsame Ziele und konkrete Umsetzung bis zur regelmäßigen Überprüfung und Fortschreibung – mit Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, einer frühzeitigen Beteiligung der Bevölkerung und klarer Priorisierung bei knappen Mitteln.

2. AKTEURINNEN UND AKTEURE ZUSAMMENFÜHREN

Ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen entsteht, wenn alle relevanten Stellen gemeinsam und mit klarem Auftrag handeln und ein Konzept zur nachhaltigen Kommunalentwicklung formulieren. Ein eindeutiges politisches Mandat von Verwaltungsspitze und Gemeinderat schafft dafür den Rahmen. Die vorliegende Handreichung dient als gemeinsame Arbeitsgrundlage: Sie bietet einen verlässlichen Bezugspunkt für Ziele, Maßnahmen und Evaluation.

Lokale Bündnisse für Familien sind eine tragende Plattform für die Zusammenarbeit von familienpolitisch Aktiven. Angesichts wachsender Aufgaben und enger

Handlungsfelder Familienfreundliche Kommune



Budgets gilt mehr denn je: Kräfte bündeln, Doppelstrukturen vermeiden, Wirkung priorisieren.

Familienfreundlichkeit ist Querschnitts- und zugleich Demokratieaufgabe: Wo Familien in ihrer Vielfalt anerkannt und beteiligt werden, wächst Vertrauen, Zusammenhalt und Resilienz. Dafür braucht es verlässliche Koordinierung, transparente Beteiligung und feste Absprachen – auch mit Blick auf künftige Krisen, damit Unterstützung vorher geklärt ist und schnell ankommt.

Aus außergewöhnlichen Situationen der vergangenen Jahre ergibt sich zudem ein vorausschauender Blick auf Krisenfestigkeit. Zuständigkeiten und Koordinierung werden klar geregelt; Notbetriebspläne für Kitas, Schulen und Familienbildung, verlässliche Kommunikationswege (Hotline und Messenger, mehrsprachig und barrierearm) sowie ausgewiesene Anlauforte sichern Handlungsfähigkeit auch im Ernstfall.

3. FAMILIENFREUNDLICHE UND GESUNDE KOMMUNE IM EINKLANG

Unsere Gesundheit entsteht nicht nur durch persönliches Verhalten, sondern wird wesentlich durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen geprägt, die unseren Alltag bestimmen. Entscheidungen in Bereichen wie Bildung, Umwelt, Verkehr, Stadtentwicklung, Sicherheit, Arbeit oder Soziales beeinflussen unmittelbar oder mittelbar die Lebensbedingungen der Menschen – und wirken damit stets auch auf ihre Gesundheit.

Gesundheit ist nicht nur ein eigenständiges Handlungsfeld, sondern ein integraler Bestandteil nahezu aller kommunalen Politikbereiche – genau das macht sie zu einer Querschnittsaufgabe und führt dazu, dass gesundheitsrelevante Themen in vielen Handlungsfeldern der Familienfreundlichkeit eine bedeutende Rolle spielen. Wo Kommunen gesundheitsförderliche Lebenswelten gestalten, stärken sie gleichzeitig Familien, schaffen soziale Teilhabe und fördern Chancengerechtigkeit. Damit wird

deutlich: Eine familienfreundliche Kommune ist in weiten Teilen auch eine gesunde Kommune – und umgekehrt.

4. QUARTIERE AKTIVIEREN, BEVÖLKERUNG BETEILIGEN

Patentrezepte für ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen gibt es nicht. Tragfähige Lösungen entstehen vor Ort in Gemeinden und Städten, Ortschaften und Stadtquartieren im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen und der Einwohnerschaft. Ziel ist, den Belangen von Familien, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen gerecht zu werden, ihre Ideen sichtbar zu machen und in konkrete Maßnahmen zu überführen.

Von Beginn an braucht es eine wertschätzende, transparente und ergebnisorientierte Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner. Diese sollte niedrigschwellig, analog und digital, mehrsprachig, in Leichter Sprache und barrierearm möglich sein. Zeiten, Orte und Formate sind familienfreundlich zu gestalten, bei Bedarf mit Kinderbetreuung. Aufsuchende Angebote und hybride Beteiligungswege (zum Beispiel Online-Feedback, Video-konferenzen) ergänzen Präsenzformate. Vielfalt wird bewusst anerkannt: Repräsentative Beteiligung berücksichtigt unterschiedliche Altersgruppen, Lebenslagen und Familienformen. Hierbei können auch landesweite Initiativen und Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg unterstützen.

Die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“, die vom Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg vorangetrieben wird, unterstützt die Kommunen dabei, das Miteinander der Menschen, Selbsthilfe und Zusammenhalt in den Gemeinde- und Stadtquartieren zu stärken. Angesichts der fortschreitenden demografischen Entwicklung werden hierbei insbesondere auch die Teilhabe und Versorgung älterer Menschen gefördert. Weitere Schwerpunkte

Leitziel „Familienfreundliche Kommune“ als kontinuierlicher Verbesserungsprozess



sind Beteiligung und Engagement, Familien und Generationen, Wohnumfeld und Mobilität, lokale Wirtschaft und Beruf, Gesundheitsförderung und -prävention, Integration sowie Inklusion. Um die baden-württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise bei ihrer Quartiersentwicklung zu unterstützen, gibt es eine Vielzahl an unterschiedlichen Angeboten wie etwa Beratung, Förderung, Qualifizierung, Information sowie Vernetzung und Erfahrungsaustausch. Eine Übersicht hierzu gibt es auf der Webseite der Landesstrategie (www.quartier2030-bw.de).



Auch die Städtebauförderung des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen legt bei der städtebaulichen Erneuerung Wert darauf, dass die baulichen Maßnahmen den sozialen Zusammenhalt im Quartier

fördern, ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld entsteht und auf die klimatische und demografische Entwicklung reagiert wird. Mit dem landeseigenen Programm „Nichtinvestive Städtebauförderung“ (NIS) unterstützt das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen in Sanierungsgebieten auch soziale Projekte, beispielsweise zur Beteiligung und Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner, zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit, zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen oder zur Integration von Migrantinnen und Migranten (www.stadterneuerung-bw.de).



Die Baukulturinitiative des Landes thematisiert wichtige aktuelle Fragen und Herausforderungen aus dem gesamten Bereich des Planens und Bauens sowie der

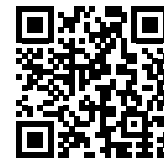
Entwicklung von Kommunen und Regionen, welche die Entwicklung und Gestaltung der gebauten Umwelt als gesellschaftliche Ressource und Infrastruktur betreffen. Dazu zählen beispielsweise die Sicherung und Stärkung lebendiger Stadt- und Ortskerne, ein bezahlbarer, familienfreundlicher und qualitätvoller Wohnungsbau in lebenswerten Quartieren oder die klimagerechte und energieeffiziente Anpassung des Gebäudebestands. Sie kommuniziert zudem beispielsweise im Rahmen des Staatspreis Baukultur Baden-Württemberg ausgezeichnete beispielhafte Projekte im Land. Projekte, die sich durch einen integrierten, ausgewogenen Gesamtansatz auszeichnen, der soziale, ökologische, ökonomische und kulturelle Belange – mithin auch Familienfreundlichkeit – in bestmöglichen Ausgleich bringt.

Kommunen als Träger von Kindertageseinrichtungen werden zudem über das Landesförderprogramm „KiFaZ – Kitas werden Kinder- und Familienzentren“ vom Ministerium für Kultus bezuschusst, möchten sie eine oder mehrere Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln. Der besondere Auftrag eines Kinder- und Familienzentrums (KiFaZ) ist die Stärkung der Selbstwirksamkeit von Kindern und Familien, die Öffnung in den Sozialraum bzw. das Quartier hinein durch Kooperationen sowie der Aufbau von Unterstützungsmaßnahmen durch Netzwerke. In der Ermittlung der Bedarfe beteiligt ein KiFaZ die Eltern stetig und niedrigschwellig. Mit dem Ziel, die kindliche Entwicklung wertschätzend zu begleiten und zu fördern und damit eine höhere Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, fördert das KiFaZ-Programm damit den Blick auf das „System Familie“, um Eltern frühzeitig in die Bildungsprozesse ihrer Kinder aktiv miteinzubeziehen und in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken. Nähere Informationen zur Antragstellung:



(www.kifaz-bw.de).

Als Initiative der Lokalen Bündnisse für Familie unterstützt die AG Netzwerk Familie Baden-Württemberg Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zur Familienfreundlichkeit. Auf Grundlage der vorliegenden Handreichung wurde das Prädikat „Familienbewusste



Kommune Plus“ entwickelt, das Städten und Gemeinden bei der Bilanzierung und Weiterentwicklung ihrer familienbezogenen Angebote helfen soll (www.netzwerk-familie-bw.de).

Kommunen, die sich einer Zertifizierung durch externe Fachkräfte stellen und bewerten lassen, haben die Möglichkeit, das Prädikat Familienbewusste Kommune für ihre Öffentlichkeitsarbeit aktiv zu nutzen.

Neben den genannten Initiativen und Programmen gibt es weitere bewährte Formate, um Menschen für die Gestaltung des örtlichen Zusammenlebens zu gewinnen, beispielsweise Bürger/innenräte, Orts- und Stadtteilkonferenzen, Zukunftswerkstätten und Stadtspaziergänge, jeweils ergänzt durch digitale Beteiligung. Wo immer möglich, werden Aspekte der Krisen- und Resilienzvorsorge mitgedacht: klare Kommunikationswege, Anlauforte und verlässliche Notfallinformationen.

Familienfreundlichkeit als Entwicklungsprozess anlegen

Die Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ unterstützt den Einstieg in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess hin zur familienfreundlichen Kommune, der idealtypisch vier aufeinander folgenden, sich regelmäßig wiederholende Schritte umfasst: Bestandsaufnahme, Zielentwicklung, Umsetzung, Fortschreibung.

Bestandsaufnahme

Zu Beginn und später in regelmäßigen Abständen werden Angebote, Leistungen und Bedarfe gegenübergestellt.

- Welche Rolle spielt Familienfreundlichkeit in der Steuerung?
- Welche Angebote erreichen welche Zielgruppen und wo bleiben Lücken?
- Sind die Akteurinnen und Akteure sowie die Angebote gut miteinander vernetzt? Werden die Mittel effizient eingesetzt? Sind die Strukturen langfristig angelegt?
- Welche guten Praxisbeispiele und Lösungen gibt es in anderen Kommunen? Was kann man daraus für die eigene Entwicklung lernen?
- Sind Angebote und Einrichtungen für Krisen gut aufgestellt? Gibt es festgelegte Kommunikationswege für Krisenfälle?

Entlang des Fragenkatalogs der Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ lässt sich eine strukturierte Bestandsanalyse der familienfreundlichen Infrastruktur durchführen, die zu bedarfsorientierten Zielen führt.

Zielentwicklung

Ist der Bestand erhoben, vereinbaren Kommune, Bündnispartner und Einwohnerschaft klare Prioritäten und messbare Ziele. Diese richten sich an der örtlichen Lage aus, sind finanziell realistisch und zeitlich terminiert. Zuständigkeiten, Meilensteine und Kennzahlen werden verbindlich festgelegt.

Die gegenwärtigen Herausforderungen durch die demografische und gesellschaftliche Entwicklung erfordern auch bei der Zielentwicklung eine gute Zusammenarbeit und Abstimmung der beteiligten Akteurinnen und Akteure. Neben den Fachkräften sollen die Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort zu Wort kommen, um sicherzustellen, dass die Ziele und geplanten Maßnahmen am konkreten Bedarf der Menschen ansetzen.

Umsetzung

Auch bei der Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen soll die Einwohnerschaft vor Ort aktiv mitwirken können. Besonders eignen sich Vorhaben, die Kinder, Jugendliche oder ältere Menschen unmittelbar betreffen, wie zum Beispiel die Neugestaltung von Spielplätzen oder Schulhöfen, der Bau einer Skateranlage, die Aufwertung des Wohnumfelds, die Einrichtung eines Mehrgenerationentreffs oder eines Dorfladens oder die Gründung eines Unterstützungsnetzwerks für Jung und Alt, um nur einige Beispiele zu nennen. Je nach Anlass und Zielgruppe sind verschiedene Beteiligungsformen sinnvoll.

Fortschreibung

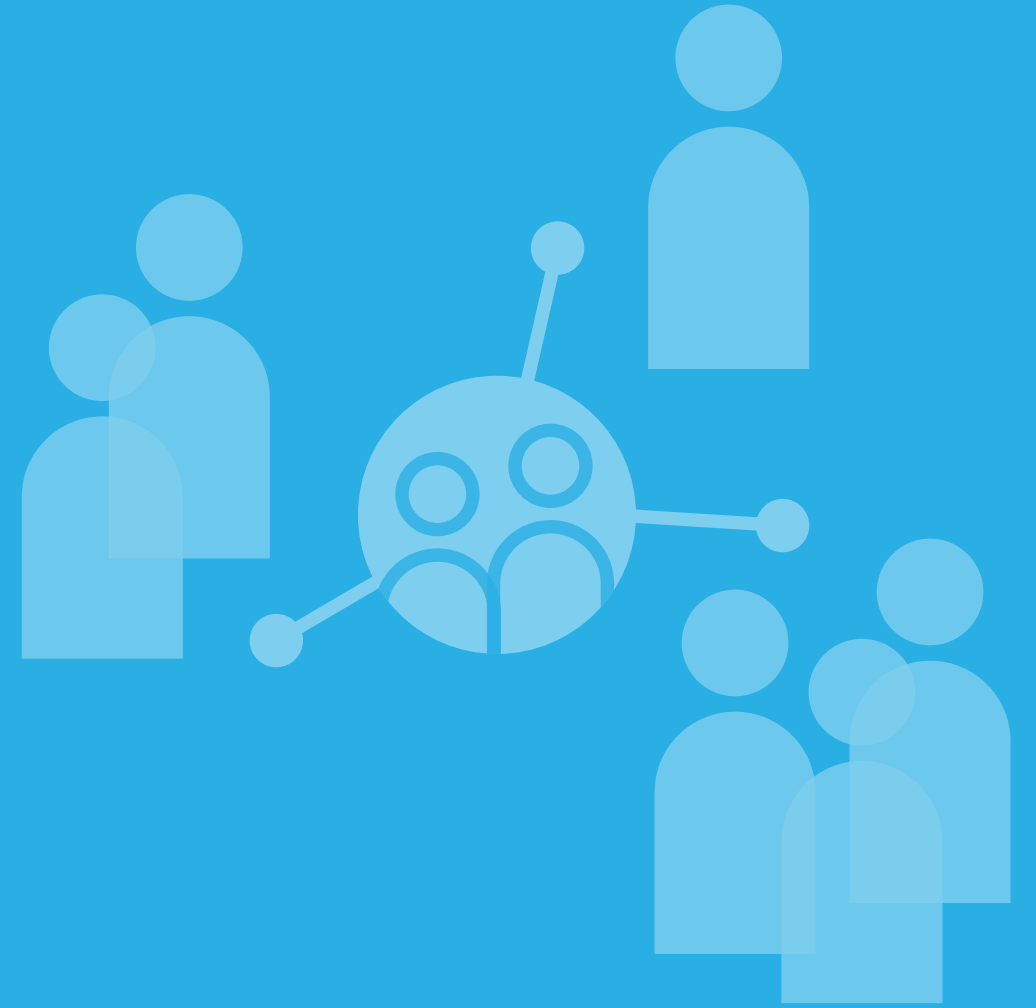
Um die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der familienfreundlichen Kommunalentwicklung sicherzustellen, sind Erfolgskontrollen und Selbstevaluation erforderlich.

- Sind die Ziele, die sich die Kommune gesteckt hat, auch tatsächlich erreicht worden?
- Haben die Maßnahmen die Lebenssituation von Familien in der gewünschten Weise und in der angestrebten Frist verbessert?
- Was hat besonders gut gewirkt, was braucht Anpassung?

Erfolgskontrolle ist wirksam, wenn Einwohnerschaft und Kooperationspartner einbezogen sind. Auf Basis der Bilanz werden gemeinsam nächste Ziele und Maßnahmen festgelegt. Die Beiträge aller Beteiligten werden sichtbar gemacht und gewürdigt. Bilanz zu ziehen, Anerkennung zu erhalten und neue Ideen mitzunehmen, stärkt Vertrauen und Motivation für den weiteren Weg zur Familienfreundlichkeit.



KOMMUNALE STEUERUNG UND VERNETZUNG



STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

1.1 Leitziel „Familienfreundliches Leitbild/Gesamtkonzept“	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein „Familienfreundliches Leitbild oder Gesamtkonzept“ aufgrund ...			
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/ Konzepts der Verwaltung?			
Wird dieses Leitbild/Konzept regelmäßig fortgeschrieben und hierzu berichtet?			
Wird dieses Leitbild mit Beteiligung der Einwohner/innen erarbeitet?			
Werden externe Fachberatungen hinzugezogen (etwa im Rahmen des Qualitätssiegels Familienbewusste Kommune)?			
Werden die Zielerreichung und die Effizienz der Maßnahmen im Sinne einer Evaluation regelmäßig überprüft?			
1.2 Familienfreundlichkeit als kommunale Aufgabe	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Ist Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe im Aufgabengliederungsplan bzw. in der Zuständigkeitsordnung der Kommune verankert?			
Gibt es Maßnahmen und Projekte, um Familienfreundlichkeit auch als Standortfaktor weiterzuentwickeln?			

1.3 Familienfreundlichkeit und Antidiskriminierung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Können alle Familien unabhängig von ethnischer Herkunft, Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Lebensalter, körperlichen und geistigen Voraussetzungen, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung, sozialer Herkunft oder anderen Merkmalen oder Kriterien gleichberechtigt teilhaben durch ...			
... eine Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung von Aktivitäten und Angeboten im Bereich „Antidiskriminierung“?			
... eine diskriminierungssensible Kommunikation?			
... Fortbildungsangebote für die Verwaltung zum Umgang mit Diskriminierung (zum Beispiel Schulungen zu unbewussten Vorurteilen, Workshops zur diversitätssensiblen Leitung von Teams)?			
... Beratungsangebote gegen Diskriminierung, an die sich Familien wenden können?			
1.4 Steuerung der Familienfreundlichkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ein übergeordnetes Gremium zur Entwicklung, Begleitung und/oder Steuerung der Familienfreundlichkeit (zum Beispiel Lokales Bündnis für Familie, Runder Tisch, Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut) ...			
... koordiniert durch eine nicht kommunale Organisation?			
... gesteuert durch die Kommune?			
1.5 Zentrale Anlaufstelle für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune eine zentrale Anlaufstelle, bei der sich Familien informieren können, bei Bedarf weitervermittelt werden und selbstorganisierte Aktivitäten unterstützt werden?			

1.6 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es in der Kommune ...

... eine Anlaufstelle, die bürgerschaftliches Engagement fördert, berät oder vermittelt?

... eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel durch kostenlose Bereitstellung von Räumen, Infrastruktur etc.?

... eine Börse zur Vermittlung von Angebot und Nachfrage im Bereich bürgerschaftliches Engagement?

... Qualifizierungen und Fortbildungen für bürgerschaftlich Engagierte?

... Ermäßigungen für ehrenamtlich Engagierte (zum Beispiel im Zusammenhang mit der Ehrenamtskarte des Landes)?

1.8 Überprüfung der Nachhaltigkeit

Ja Nein Handlungsbedarf

Werden die Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

Gibt es in der Verwaltung ein Verfahren bzw. Kriterien zur Prüfung der Familienverträglichkeit (zum Beispiel Anhörung der Träger öffentlicher Belange)?

... auf Verwaltungsebene?

... auf Gremienebene?

... unter Beteiligung der Betroffenen?

1.9 Interkommunale(r) Austausch und Zusammenarbeit

Ja Nein Handlungsbedarf

Arbeitet die Kommune im Bereich Familienfreundlichkeit mit anderen Kommunen/Landkreis/Raumschaften/Regionen zusammen ...

... auf Verwaltungsebene?

... unter Einbeziehung des Gemeinderates/der Gremien?

... über eine Mitwirkung im Rahmen regionaler/überregionaler Vernetzungsgremien (zum Beispiel AG Netzwerk Familie, regionale Zusammenschlüsse)?

... über interkommunale Vereinbarungen (zum Beispiel Regionaler Kinder- oder Seniorenpass u.ä.)?

1.10 Berücksichtigung des demografischen Wandels

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Erfordernisse ...

... ein Gesamtkonzept der Kommune?

... Konzepte auf Fachbereichsebene, zum Beispiel Soziales, Bildung, Wirtschaft, Stadtentwicklung?

Sind an der Erarbeitung kommunaler Konzepte gesellschaftliche Gruppen und/oder Einwohner/innen und/oder Kinder/Jugendliche beteiligt?

Werden diese Konzepte regelmäßig fortgeschrieben?

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

1.7 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit

Ja Nein Handlungsbedarf

Werden Einwohner/innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Kommunalentwicklung beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/innenräte)?

Gibt es ein kommunales Beteiligungskonzept, das festlegt, wann und bei welchen Fragen die Einwohner/innen zu beteiligen sind?

Gibt es zielgruppenspezifische Gremien zur regelmäßigen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung, Seniorinnen und Senioren, Migranten/innen und andere?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände usw. zusammenbringt und ihre familienfreundlichen Aktivitäten koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Stellt die Verwaltung personelle und finanzielle Ressourcen für Beteiligung und Vernetzung zur Verfügung?

Sind die Beteiligungsformate so gestaltet, dass alle partizipieren können (niedrigschwellig, barrierefrei zum Beispiel einfache Sprache, kostenfrei, gute Erreichbarkeit)?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

1.11 Informationen für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---------------------------------	----	------	-----------------

Informiert die Kommune über Dienste und Angebote für Familien in Form ...

... einer digitalen Information (zum Beispiel Apps)?

... schriftlicher Informationen (Broschüren, Flyer, Gemeindeblatt)?

... eines barrierefreien Angebotes?

... eines Veranstaltungskalenders zu familienrelevanten Themen und Angeboten?

... muttersprachlicher Informationen für die größten nicht deutschen Nationalitätsgruppen vor Ort?

1.12 Familienfreundlichkeit als Standortfaktor	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

Wirbt die Kommune aktiv mit einem Hinweis auf die Familienfreundlichkeit der Kommune ...

... grundsätzlich in allen Medien (zum Beispiel Briefbogen, Homepage, E-Mail-Signatur)?

... mit Auszeichnungen für familienfreundliche Projekte/Innovationen?

... mit einem speziellen Informations- und Unterstützungsservice für Unternehmen (ggf. auch Verweis auf externe Unterstützung zum Beispiel familyNET4.0 digitaler Online-Guide Betriebliche Kinderbetreuung)?

... bei Stellenausschreibungen?

... mit Siegeln auf Kindertageseinrichtungen und/oder Kinder- und Familienzentren?

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

1.13 Wertschätzung für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---------------------------------	----	------	-----------------

Gibt es in der Kommune eine Kultur der Wertschätzung für Familien vermittelt durch ...

... eine offizielle Gratulation bzw. einen Besuch bei der Geburt eines Kindes und ein Informationspaket?

... spezielle Veranstaltungen für Familien und Kinder (ggf. jeweils gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen)?

... spezifische Angebote für neu zugezogene Familien?

... spezifische Angebote für Neugeborene?

... Sonstiges:

1.14 Familienfreundliche Zugänge und Besuchsmöglichkeiten	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

Gibt es an/in kommunalen Einrichtungen und Gebäuden ...

... Kinderbetreuung bei kommunalen Veranstaltungen, insbesondere bei Beteiligungsprozessen?

... öffentlich zugängliche Toiletten?

... allgemein zugängliche Still- und Wickelmöglichkeiten?

... Spielbereiche für Kinder?

... Familienparkplätze?

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 1

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

1.15 Familienfreundliche kommunale Sprechzeiten	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommune Sprechzeiten ...			
... am Abend/in den frühen Morgenstunden/über Mittag (zum Beispiel einmal pro Woche für 2 Stunden)?			
... mit betreutem Spielangebot (zum Beispiel einmal pro Woche bis 18 Uhr)?			
... an Samstagen?			
... über digitale Wege (zum Beispiel soziale Medien)?			
Gibt es spezielle Sprechstunden, zum Beispiel beim/bei der (Ober-) Bürgermeister/-in oder bei den Fachbereichen für ...			
... Kinder?			
... Jugendliche?			
... Weitere Zielgruppen:			

1.16 Familienermäßigungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Ermäßigungen für Familien...			
... bei kommunalen Einrichtungen (Bücherei, kulturelle Veranstaltungen, Schwimmbad, Müllabfuhr, Windelrabatt, Energieversorgung etc.)?			
... in Form eines Kinder- /Familienpasses?			
... im öffentlichen Nahverkehr?			
... beim Erwerb von kommunalen Bauplätzen?			
... Sonstiges:			
Wird diese Ermäßigung einkommensunabhängig für alle Familien gewährt?			
Informiert die Kommune über bestehende Möglichkeiten zur finanziellen Förderung und Entlastung von Familien?			



**FAMILIENBILDUNG
UND FAMILIEN-
FÖRDERUNG**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

2.1 Leitziel „Familienbildung und Familienförderung“ **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Ist das Leitziel „Familienbildung und Familienförderung“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund...

... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/ Konzepts der Verwaltung?

Gibt es ein handlungsbezogenes Familienbildungskonzept, das sich an der „Rahmenkonzeption Familienbildung Baden- Württemberg“ orientiert?

Ist Familienbildung Bestandteil örtlicher Planungen?

2.2 Unterstützung von Initiativen und Familienbildung **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Werden Initiativen, zum Beispiel ein Lokales Bündnis für Familie, Eltern- und Selbsthilfegruppen usw., die vor Ort wirken, gefördert durch ...

... eine finanzielle Unterstützung?

... die Bereitstellung von Räumen?

... Sachmittel und logistische Hilfen?

... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?

Werden darüber hinaus weitere Angebote der Familienbildung mit solchen Ressourcen unterstützt (zum Beispiel Familienbildungsstätte, Mehrgenerationenhaus und Familienzentrum)?

2.3 Teilhabe von Familien und ihren Angehörigen **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Sind die spezifischen Bedürfnisse von Familien und ihrer Angehörigen mit und ohne Behinderung bedarfsgerecht berücksichtigt (Behindertentoiletten, Verkehrswege, inklusionssensible Kommunikation/Inhalte, Wickelmöglichkeiten, kinderwagengerechte Wege ...)?

2.4 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu den Aktivitäten im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“?

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

2.5 Beteiligung und Vernetzung **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Sind Familien an der Bedarfserhebung, der Angebotsentwicklung sowie der Ausgestaltung und Evaluation der Angebote im Bereich der „Familienbildung und Familienförderung“ beteiligt?

Werden die örtlichen Anbieter der Familienbildung an der Bedarfserhebung und Angebotsentwicklung beteiligt?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die örtliche Anbieter, Einrichtungen, Kirchen, freien Träger, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Gibt es eine Ansprechperson, die die Angebote der Familienbildung koordiniert?

Gibt es Lotsen, die Familien an die für sie passenden Angebote vermittelt (Quartierslotsen/Familienlotsen)?

2.6 Überprüfung der Nachhaltigkeit **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Orientiert sich die Kommune an Qualitätsstandards im Bereich Familienbildung?

Werden die Maßnahmen im Bereich „Familienbildung und Familienförderung“ regelmäßig evaluiert und kontinuierlich weiterentwickelt?

Wird über die Maßnahmen der Familienbildung und Familienförderung regelmäßig in Gremien berichtet?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

2.7 Informationen für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es zu allen Diensten und Angeboten für Familien ...			
... barrierefreie Internetangebote (zum Beispiel zielgruppenspezifische Apps)?			
... Informationen über Soziale Medien und Messengerdienste?			
... barrierefreie schriftliche Informationen (zum Beispiel Familienwegweiser)?			
... einen Veranstaltungskalender zu Themen wie Erziehung, Partnerschaft, Bildung etc.?			
... mehrsprachige Informationen in den vor Ort häufig gesprochenen Sprachen?			
... Informationen in einfacher oder leichter Sprache?			
... ein zielgruppenspezifisches Informationszentrum (zum Beispiel (Kinder- und) Familienzentrum oder Jugendinformationszentrum)?			
... eine Zusammenstellung aller Angebote zur Familienbildung und Familienbegegnung?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

2.8 Begegnungsmöglichkeiten für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ...			
... (offene) Eltern- oder Familientreffs/Mütterzentren/(Kinder- und) Familienzentren?			
... Mehrgenerationenhäuser?			
... Quartierszentren/Ortsteiltreffs/oder Ähnliches?			
... Kindertageseinrichtungen mit Konzepten zur Familien-/Elternbildung?			
... Sonstiges:			

2.9 Familienbildung und unterstützende Angebote	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ...			
... Kurse zur Familienbildung (zum Beispiel Erziehungskurse, Eltern-Kind-Gruppen)?			
... offene Treffs für Familien und/oder besondere Zielgruppen?			
... Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum Thema Medienbildung?			
... Angebote im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE?			
... Angebote im Rahmen des Landesförderprogramms KiFaZ?			
... familienunterstützende Angebote (zum Beispiel Nachbarschaftshilfe, Familienpflege, Patengroßeltern, Babysitter- Dienst)?			
... Angebote der „Frühen Hilfen“ (zum Beispiel Familienhebammen, Familienbesucher)?			
... Anbieter für haushaltsnahe Dienstleistungen?			
... Angebote für Familien mit körperlich oder geistig beeinträchtigten Familienmitgliedern?			
... Angebote für Familien mit Familienmitgliedern mit psychischer Erkrankung?			
... Angebote für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen?			
... Angebote für Zielgruppen wie Alleinerziehende, Mütter, Väter, Familien mit Migrationsgeschichte, Regenbogenfamilien etc.?			
... Angebote im Bereich Schwangerschaftsberatung?			
... Beratung und Unterstützung im Bereich Familienplanung?			

2.10 Begleitung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien

Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es für Kinder- und Jugendliche und ihre Bezugspersonen ...

... Angebote der mobilen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit?

... Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit?

... niedrigschwellige Angebote des Jugendamts oder der freien Träger der Jugendhilfe mit sozialpädagogischer Begleitung und Beratungsangeboten?

... niedrigschwellige Zugänge zu Erziehungs- oder psychosozialen Beratungsstellen, Frühförderstellen und zu den Diensten der Gesundheitsämter?

... niedrigschwellige Anlaufstellen und Informationsangebote bei Belastungs- und Krisensituationen?

... Angebote zur Information über Fachberatungsstellen, die zum Thema Kinderschutz beraten (sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt, Vernachlässigung, etc.) im Stadt- oder Landkreis?

... niedrigschwellige Angebote in Bildung, Beratung, Begleitung und Begegnung?

... qualifizierte Personen in Elternberatung (zum Beispiel ElternChanceN)?

2.11 Kinder- und Jugendschutz

Ja Nein Handlungsbedarf

Unterstützt die Kommune aktiv den Kinder- und Jugendschutz durch ...

... Netzwerkstrukturen (zum Beispiel einen Runden Tisch, eine Arbeitsgruppe zum Kinder- und Jugendschutz oder Vereinbarungen mit örtlichen Vereinen, Einrichtungen und Schulen)?

... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Trägern der Jugendarbeit oder eigenem Fachpersonal?

... Vorgabe von Kinderschutz-Standards (zum Beispiel in Jugendförderrichtlinien)?

... Unterstützung der Vereine bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten?

... die verbindliche Vereinbarung von Schutzketten und Meldewegen bei Kinderschutzfällen zwischen Gesundheitsamt/Beratungen/Schule/Kita und Jugendamt?

... Veröffentlichung einer aktuellen Liste der insoweit erfahrenen Fachkräfte (IEF) sowie Fachberatungsstellen mit deren Beratungsschwerpunkten?

... die Erstellung eines kommunalen Schutzkonzeptes mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren vor Ort im Bereich Kinder- und Jugendschutz?

... regelmäßige Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte und Ehrenamtliche zum Thema Kinder- und Jugendschutz?

2.12 Unterstützung für von Gewalt betroffene Personen und ihrer Kinder

Ja Nein Handlungsbedarf

Unterstützt die Kommune aktiv die von häuslicher Gewalt betroffenen Personen und ihre Kinder durch ...

... einen runden Tisch oder eine Arbeitsgruppe zu häuslicher Gewalt?

... gemeinsame Projekte und Präventionsveranstaltungen, zum Beispiel mit Beratungsstellen oder Schutzhäusern?

... klar abgestimmte Vorgehensweisen bei häuslicher Gewalt?

... eine enge Kooperation mit einem Frauenhaus?

... Bekanntmachung der örtlichen Hilfe- und Unterstützungssysteme und des bundesweiten Hilfetelefons „Gegen Gewalt gegen Frauen“?

... die Sensibilisierung von Kitas, Quartierstreffpunkten und Familienzentren als eine von mehreren Erstanlaufstellen?

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 2

2.13 Unterstützungsformen durch Ehrenamtliche

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--	----	------	-----------------

Gibt es Ehrenamtliche, die Familien unterstützen, zum Beispiel ...

... bei der Berufsfindung?

... bei der Integration von zugewanderten Familien?

... bei der Betreuung?

... bei der Pflege?

... in schwierigen Lebenssituationen?

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!



**FRÜHE BILDUNG,
BETREUUNG,
ERZIEHUNG**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

3.1 Qualifizierte Bedarfsplanung der Betreuungsplätze für Kinder	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es eine regelmäßige, qualifizierte Bedarfsplanung für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern?			
Gibt es für die Bedarfsplanung angemessene personelle Ressourcen?			
Gibt es eine Ansprechperson für Träger und Eltern?			
Gibt es regelmäßige Bedarfserhebungen bei den Familien für die Kinderbetreuung?			
Kleinkinder (U3)? Ü3 bis Schuleintritt? Grundschulkinder (Rechtsanspruch)?			
Berücksichtigt die Bedarfsplanung ...			
... die Kindertagespflege?			
... die betriebliche Kinderbetreuung?			
... die Ferienbetreuung?			
... die Randzeitenbetreuung?			
Werden in der Bedarfsplanung Plätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf speziell berücksichtigt?			
Wird der Betreuungsbedarf ortsansässiger Unternehmen ermittelt und in die Bedarfsplanung der Kommune einbezogen?			
Werden ortsansässige Unternehmen bei der betrieblichen Kinderbetreuung unterstützt und ausreichend informiert?			
Gibt es zwischen der Kommune und ortsansässigen Unternehmen Kooperationsmodelle für die Kinderbetreuung?			
Können Eltern freie Plätze aller Tageseinrichtungen zentral und online abfragen?			

Gibt es digitale Systeme zur Anmeldung für Betreuungsangebote?			
Gibt es ein Handlungskonzept für kurzfristigen und zusätzlichen Betreuungsbedarf?			
Werden geeignete digitale Systeme zur Unterstützung der Bedarfsplanung verwendet?			
3.2 Förderung der Kindertagespflege	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Vermittlungsstellen für qualifizierte Kindertagespflege mit regelmäßigen Sprechzeiten?			
Kooperieren Kommune, Landkreis und Tageselternverein(e) bei der Kindertagespflege?			
Fördert die Kommune die Kindertagespflege (zum Beispiel durch Kooperations- und Finanzierungsvereinbarungen/durch Zuschüsse)?			
3.3 Kommunale Unterstützung selbstorganisierter Elternaktivitäten	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden selbstorganisierte Elternaktivitäten (zum Beispiel Krabbel-/Still-/Spielgruppen) durch die Kommune ...			
... finanziell unterstützt?			
... durch die Bereitstellung von Räumen unterstützt?			
... organisatorisch unterstützt?			
3.4 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Sind die Kindertageseinrichtungen über den Orientierungsplan hinaus konzeptionell weiterentwickelt ...			
... durch Kooperationen mit Bildungseinrichtungen (zum Beispiel Bibliothek, Musik- und Kunstschule, Haus der kleinen Forscher)?			
... durch Kooperationen mit Vereinen, anderen Bildungsträgern, Firmen?			
... zu Kinder- und Familienzentren/Quartierszentren?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

3.5 Beteiligung und Vernetzung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Eltern/Elternbeiräte/Gesamtelternbeiräte regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/innenräte) beteiligt?			
Werden Eltern/Elternbeiräte/Gesamtelternbeiräte regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen über die gesetzlichen Pflichten hinaus in ihren Einrichtungen beteiligt?			
Werden Kinder an sie betreffenden strategischen Entscheidungen aktiv (zum Beispiel über Kindertageseinrichtungen, Schulen, Kinderbüros) beteiligt?			
Werden Unternehmen beim Thema Kinderbetreuung aktiv eingebunden/ Kooperationen angeboten/über Möglichkeiten der Kooperationen mit der Kommune informiert?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Kindertageseinrichtungen, Schulen, Unternehmen, Kirchen, Vereine und freie Träger zusammenbringt und die Aktivitäten koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
3.6 Qualitätsentwicklung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es fachliche, strukturelle oder sonstige Qualitätsbausteine für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus?			
Gibt es verbindliche Schutzkonzepte mit klar benannten Kommunikationswegen und Ansprechpartnern und werden diese regelmäßig evaluiert?			
Besteht in jeder Kindertageseinrichtung ein Qualitätsmanagementsystem?			
Wird das Qualitätsmanagementsystem regelmäßig evaluiert?			
Gibt es Maßnahmen zur Sicherstellung der Verlässlichkeit der Angebote für berufstätige Eltern (zum Beispiel Springerpools, übergreifende Vertretungen, etc.)?			

3.7 Überprüfung der Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ regelmäßig evaluiert und kontinuierlich weiterentwickelt?			
Werden die Maßnahmen im Bereich „Grundschule“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

3.8 Information über Angebote und Leistungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Können aktuelle Informationen zu ...			
... den Angeboten aller Träger und Anbieter in der Kommune im Bereich „Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung“ zentral barrierefrei abgerufen werden?			
... den Angebotsprofilen der einzelnen Tageseinrichtungen barrierefrei abgerufen werden (zum Beispiel Altersgruppen, Betreuungszeiten, Sprachförderung, pädagogische Konzeption, integratives Konzept für Kinder mit Behinderung, Elternbeiträge)?			
... den Angebotsprofilen der Kindertagespflege barrierefrei abgerufen werden (zum Beispiel Vermittlungsstelle/Ansprechpartner, Beschreibung einzelner Angebote, Elternbeiträge)?			
... stehen in Kitas Kommunikationsapps zur Verfügung?			
... stehen in Grundschulen Kommunikationsapps zur Verfügung?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

3.9 Bedarfsgerechte Angebote zur Tagesbetreuung von Kindern Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es ein bedarfsgerechtes Angebot ...

... bis zum Alter von 3 Jahren?

... im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt?

... im Grundschulalter?

- vor dem Unterricht/nach dem Unterricht?
- von mindestens 8 Stunden täglich?
- in den Schulferien?
- in den Randzeiten?

... in weiterführenden Schulen in der Regel bis 14 Jahren?

- vor dem Unterricht/nach dem Unterricht?
- in den Schulferien?
- in den Randzeiten?

3.10 Flexible Betreuungsmöglichkeiten Ja Nein Handlungsbedarf

Können die Eltern ...

... in den Tageseinrichtungen oder über die Kindertagespflege ein der Nachfrage entsprechendes Betreuungsangebot vor 7 Uhr und nach 17 Uhr in Anspruch nehmen?

Gibt es eine flexible Betreuung für Kinder, wenn Eltern bzw. Kindertagespflegepersonen kurzfristig ausfallen (zum Beispiel Notfallbetreuung, Kurzzeitbetreuung)?

3.11 Ferienbetreuung Ja Nein Handlungsbedarf

Besteht ein bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot in Ferienzeiten für ...

... Kleinkinder (U3)?

... Kinder Ü3 bis Schuleintritt?

... Grundschulkinder?

3.12 Inklusive Erziehung in Kindertageseinrichtungen Ja Nein Handlungsbedarf

Werden in den Kindertageseinrichtungen auch Kinder mit besonderem Förderbedarf bedarfsgerecht, inklusiv und entsprechend der Nachfrage gefördert?

Gibt es Kooperationsformen zwischen Schulkindergärten und allgemeinen Kindergärten (bspw. Intensivkooperationen)?

Gibt es ein bedarfsgerechtes Angebot an heilpädagogischen Gruppen/ Fachdiensten?

3.13 Bedarfsgerechte Zusatzförderung in Kindertageseinrichtungen Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es in den Kindertageseinrichtungen ...

... zusätzliche Sprachförderung (zum Beispiel Sprach-Fit) für

- Kinder unter 3 Jahren?
- Kinder über 3 Jahren?

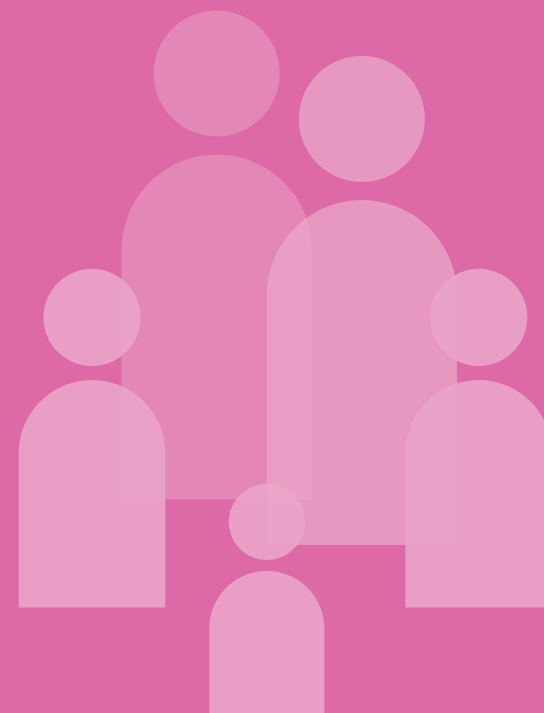
... zusätzliche Angebote zur Bewegung und Ernährung (zum Beispiel Landesinitiative BEKI – Bewusste Kinderernährung und BEKI-Zertifikat, zum Beispiel Kooperation: Kita und Verein)?

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 3

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!



**BILDUNG,
LEBENS-LANGES
LERNEN**



STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

4.1 Kommunale Bildungsqualität **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Besteht in der Kommune oder im Landkreis ein Gremium aller Bildungsträger und -einrichtungen, das die kommunale Bildungslandschaft gestaltet?

Erfolgt in der Kommune eine regelmäßige Berichterstattung zum Themenbereich Bildung, aus der konkrete Handlungsziele abgeleitet werden?

4.2 Kommunale/regionale Schulentwicklung **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Gibt es einen Prozess zur kommunalen/regionalen Schulentwicklung?

Werden bei der Schulentwicklungsplanung die anderen wichtigen Akteurinnen und Akteure zum Beispiel Jugendhilfe beteiligt?

Gibt es Schulsozialarbeit für alle Schularten?

4.3 Außerschulische Jugendarbeit/-bildung **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Gibt es Kooperationen zwischen den Schulen, der Jugendbildung und der Jugendarbeit?

Ist diese Kooperation zur schulbezogenen Jugendarbeit Bestandteil des Schulkonzepts?

4.4 Übergang Kindertageseinrichtung – Grundschule **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Bestehen Kooperationsvereinbarungen zu Ablauf und Qualität des Übergangs von Kindertageseinrichtungen zu den Grundschulen mit beiderseits verbindlichem Ressourceneinsatz?

Wird die Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften sowie den Eltern als erfolgreich bewertet?

Gibt es ein Konzept zum Umgang und zur Förderung von „nicht schulreifen“ Kindern?

4.5 Übergang Schule – Beruf **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Gibt es zum Thema „Übergang Schule – Beruf“ unter Beteiligung der Kommune regelmäßige ...

... Kooperationen, zum Beispiel mit der Agentur für Arbeit/der kommunalen Arbeitsverwaltung, Beschäftigungsinitiativen, örtlichen Unternehmen, der IHK, der Handwerkskammer, den Staatlichen Schulämtern, dem Jugendamt, sonstigen Verbänden?

... Angebote zur Berufsorientierung und zum Übergang in den berufsbildenden Bereich?

... Ausbildungsplatzbörsen, Ausbildungsmessen, Girlsday, Boysday etc.?

... Ausbildungspatenschaften?

... Gibt es ein Konzept/Strukturen und Angebote zur Jugendberufsagentur?

4.6 Jugendliche und junge Volljährige mit besonderem Förderbedarf **Ja** **Nein** **Handlungsbedarf**

Werden Jugendliche ohne Schulabschluss erfasst?

Werden Jugendliche und junge Volljährige (bis 25 Jahre) ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erfasst (zum Beispiel im Rahmen eines Bildungsberichts)?

Ergreift die Kommune Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit oder ist an solchen beteiligt?

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

4.7 Beteiligung und Vernetzung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
--------------------------------	----	------	-----------------

Werden die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Akteurinnen und Akteure im Bereich „Bildung, lebenslanges Lernen“ regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/innenräte)?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Schulen, Bildungsträger, soziale und medizinische Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereine, Verbände und Gewerkschaften zusammenbringt und ihre Bildungsangebote koordiniert (zum Beispiel Lokale Bündnisse, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

Werden Kinder und Jugendliche bei der Planung und Gestaltung von Angeboten einbezogen (zum Beispiel Jugendkonferenzen, Jugendgemeinderat)?

4.8 Überprüfung der Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
------------------------------------	----	------	-----------------

Werden die Maßnahmen im Bereich „Bildung, lebenslanges Lernen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

4.9 Öffentlichkeitsarbeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---------------------------	----	------	-----------------

Fördert die Kommune die Bedeutung von „lebenslangem Lernen“, indem sie zum Beispiel regelmäßig über entsprechende Bildungs- und Beratungsangebote vor Ort informiert?

Gibt es eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Themenfeld?

Gibt es bei Bedarf eine persönliche Beratung?

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

4.10 Ganztagsschule und ergänzende Angebote	Ja	Nein	Handlungsbedarf
---	----	------	-----------------

Gibt es ein Ganztagsschulangebot ...

... im Primarbereich?

... im Sekundarbereich?

Wird das schulische Angebot ergänzt durch ...

... flexible Betreuungsangebote, verlässliche Grundschule, flexible Nachmittagsbetreuung, Hort/Hort an der Schule)?

... Ferienbetreuung für alle Kinder (in allen Ferien)?

... die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und werden diese zum Thema (digitaler) Kinder- und Jugendschutz informiert und qualifiziert?

Gibt es für diese Betreuungsangebote ein Schutzkonzept mit klar benannten Kommunikationswegen und Ansprechpersonen und werden diese regelmäßig evaluiert?

Werden die ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote vor Ort ergänzt durch ...

... ein Frühstücksangebot?

... Mittagsverpflegung?

... eine barrierefreie Mensa mit angemessener Aufenthaltsqualität?

... Vernetzungsangebot und Kooperationen mit außerschulischen Partnern mit klaren Zuständigkeiten (Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Sport-, Musik- und Kulturangebote etc.)?

... Sport- und Bewegungsinfrastruktur (zum Beispiel Kletterwand, Spielanlagen, Skateanlage...)?

... spezifische Angebote zur individuellen Förderung?

... Infrastruktur und Angebote zur Ernährungsbildung (zum Beispiel Lehrküche, Koch-AG...)?

... Jugendsozialarbeit an Schulen (Schulsozialarbeit)?

... Sonstiges:

4.11 Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune geförderte Angebote ...			
... der offenen Kinder- und Jugendarbeit (zum Beispiel Kinder- und Jugendzentrum, Jugendclubs, Jugendbildungs- und Begegnungsstätten)?			
... der verbandlichen Jugendarbeit (zum Beispiel in Vereinen, Jugendorganisationen)?			
... der mobilen Jugendarbeit?			
Gibt es Ferienfreizeitangebote (zum Beispiel Stadtranderholung, Ferienpass, Ferienangebote, Kinder-Uni)?			
Sind die Angebote so gestaltet, dass alle Kinder und Jugendliche sie nutzen können (zum Beispiel barrierefrei, inklusiv, sozial gestaffelte Teilnahmegebühren bzw. kostenfrei)?			
Sind Kinder und Jugendliche in die Planung der Angebote einbezogen?			
Gibt es in allen Einrichtungen Schutzkonzepte mit klar benannten Kommunikationswegen und Ansprechpersonen und werden diese regelmäßig evaluiert?			
Werden Kinder, Jugendliche und Eltern ebenfalls in die Erstellung von Schutzkonzepten einbezogen?			

4.12 Medienkompetenz/Verbraucherschutz	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es Angebote für Familien und Jugendliche ...			
... zur Nutzung von digitalen Medien?			
... zur Nutzung von künstlicher Intelligenz (ChatBots, Recherchertools etc.)?			
... zum Umgang mit Social Media?			
... zum Verbraucherschutz und Konsumverhalten (zum Beispiel Persönlichkeitsschutz, Datenschutz, Cybermobbing, Desinformation, Cybergrooming, problematisches Nutzerverhalten, Online-Käufe etc.)?			
Gibt es Angebote für ältere Menschen ...			
... zur Nutzung von digitalen Medien?			
... zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (ChatBots, Recherchertools etc.)?			
... zum Umgang mit Social Media?			
... zum Verbraucherschutz und Konsumverhalten (zum Beispiel Persönlichkeitsschutz, Datenschutz, Cybermobbing, Desinformation, Schutz vor Betrugskriminalität, problematisches Nutzerverhalten, Online-Käufe etc.)?			

4.13 Volkshochschule/Familienbildungsstätten/Büchereien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es vor Ort entsprechende Angebote, die ...			
... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?			
... niedrigschwellig zugänglich sind, so dass bildungs- oder einkommensbenachteiligte Familien erreicht werden?			

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 4

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

4.14 Musik-/Kunstschule/Bewegung und Sport	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es vor Ort kommunal geförderte musisch-künstlerische sowie sportliche Angebote, die ...			
... für Familien attraktiv und vergünstigt sind?			
... Familien aus bildungsfernen Milieus bzw. benachteiligte Menschen erreichen?			
Gibt es (kommunale) Zuschüsse, die den Teilnahmebeitrag senken?			
Gibt es Kooperationen zwischen Musik- und Kunstschulen, Sportvereine sowie Kindertageseinrichtungen und den allgemeinbildenden Schulen?			
Gibt es verbindliche Schutzkonzepte bei allen Anbietern mit klar benannten Kommunikationswegen und Ansprechpartnern und werden diese regelmäßig evaluiert?			
Werden Kinder, Jugendliche und Eltern ebenfalls in die Erstellung von Schutzkonzepten einbezogen?			

4.15 Bildungsangebote für ältere Menschen und generationsverbindendes Lernen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es spezielle Bildungs- und Beratungsangebote für ältere Menschen ...			
... im Bereich berufliche Qualifizierung?			
... zur Erlangung von Schul- oder Berufsabschlüssen/wissenschaftlichen Abschlüssen?			
... im Bereich Digitalisierung/Medienbildung?			
... zur Gesundheitsförderung/Vorsorge?			
... zur gesellschaftlichen Teilhabe?			
Gibt es in der Kommune Weiterbildungs- und Beratungsangebote zum generationsverbindenden Lernen?			

5



**VEREINBARKEIT
VON BERUF UND
FAMILIE**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

5.1 Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Verwaltung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Ist für die Kommunalverwaltung als Arbeitgeber familienbewusstes Personalmanagement eine Zielsetzung aufgrund ...			
... eines Auftrags der Verwaltungsspitze?			
... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/ Konzepts der Verwaltung?			
... eines Beschlusses des Gemeinderats/Kreistages?			

5.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Kommune

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Übernimmt die Kommune durch ihr familienbewusstes Personalmanagement eine Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber vor Ort?			
Wirkt die Kommune auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Einrichtungen auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin?			

5.3 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den kommunalen Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“?			
Besteht hierüber ein Austausch mit ortsansässigen Unternehmen?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

5.4 Beteiligung und Vernetzung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Einwohner/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/innenräte, Bedarfsmittelteilung)?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ fördert und koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			

5.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

5.6 Externe Beratung und Unterstützung

	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Nimmt die Kommune zur Weiterentwicklung der Vereinbarkeit externe Beratungs- und Unterstützungsangebote in Anspruch (zum Beispiel Kontaktstelle Frau und Beruf, AG Netzwerk Familie, Qualitätsprädikat Familienbewusste Kommune Plus, familyNet – Familienbewusste Arbeitswelt, familyNET4.0 – Moderne Unternehmenskultur stärken/Online-Guide Betriebliche Kinderbetreuung, Erfolgsfaktor Familie und andere)?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

5.7 Allgemeine Informationsangebote der Kommune	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Veröffentlicht die Kommune Informationen ...			
... für Wiedereinsteigende/Arbeitssuchende zu Leistungen und Angeboten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?			
... für Unternehmen zu kommunalen Angeboten und Leistungen sowie zu weiteren Möglichkeiten zur Verbesserung der Vereinbarkeit?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

5.8 Arbeitszeitgestaltung und -organisation	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommune als Arbeitgeber ihren Beschäftigten ...			
... mobiles Arbeiten/Homeoffice/flexible Arbeitszeiten/Jobsharing/Topsharing (auch für Führungskräfte)?			
... Jahres-/Lebensarbeitszeitkonten (Sabbaticals, Erziehung, Pflege)?			
... Teilzeitarbeit auf allen Ebenen?			
... Wiedereinstieg, Kontakthalte- und Rückkehrprogramme?			
... Fort- und Weiterbildung während der Elternzeit?			
... Betriebliche Kinderbetreuung (Ferienbetreuung, Randzeitenbetreuung, Kooperationen im Rahmen der Kindertagespflege etc.)?			
... kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten bei Ausfall der üblichen Kinderbetreuung?			
... Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung?			

5.9 Familienfreundliche Dienstleistungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet die Kommunalverwaltung als Arbeitgeber familienfreundliche Dienstleistungen an ...			
... Haushaltsservice (zum Beispiel Bügelservice, Einkaufsservice)?			
... Betriebsfeste mit Angehörigen und/oder mit Kinderbetreuung?			
... Ansprechperson für pflegende Angehörige (Elder Care, betriebliche Pflegelotsen)?			
... Informationsangebot zu Dual Career-Netzwerken bzw. -Programmen?			
... Kinder und andere Angehörige können in der Kantine mitessen?			
... Sonstiges:			

5.10 Arbeitsplatznahe Kinderbetreuung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Bietet oder vermittelt die Kommune Arbeitgebern arbeitsplatznahe Belegplätze in Betreuungseinrichtungen vor Ort?			
Fördert die Kommune bei Bedarf die Gewinnung qualifizierter Tagesmütter für die flexible Kinderbetreuung in Randzeiten, wenn die örtlichen Betreuungseinrichtungen geschlossen haben?			
Unterstützt die Kommune Arbeitgeber grundsätzlich beim Thema betriebliche Kinderbetreuung?			

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 5

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

6

**WOHNEN,
WOHNUMFELD,
MOBILITÄT**



STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

6.1 Familienfreundliche Stadt-, Gemeinde- und Quartiersentwicklung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein differenziertes familienfreundliches Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklungskonzept (mit Zielen, Maßnahmen, Mitteln, Verantwortlichen)?			
Berücksichtigt dieses Konzept auch die spezifischen Bedarfe von Alleinerziehenden, größeren Familien und Menschen mit Behinderungen sowie älteren Menschen?			
Gibt es personelle Ressourcen für eine beteiligungsorientierte Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklung?			
Hat der Gemeinderat baulandpolitische Grundsätze verabschiedet, welche eine Quote für Sozialwohnungen, festschreibt?			

6.2 Wohnraum für Familien	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ...			
... Bauplatzvergabe nach sozialen Kriterien?			
... Baugrundstücke in Erbpacht?			
... eine kommunale Wohnbaugesellschaft?			
... Wohnbaugenossenschaften?			
... eine Mietwohnungsbauförderung?			
... kommunale Wohnbauförderprogramme			
... eine Sanierungs- und Umbauförderung			
... Unterstützung von privaten Baugruppen oder Initiativen?			
... einen qualifizierten Mietspiegel und eine daraus entwickelte Mietobergrenze?			
... speziell unterstützende Wohnangebote bspw. für Alleinerziehende?			
... barrierefreie Wohnraumanpassung für Familien?			
... einen möglichst barrierearmen Zugang zur Wohnraumsicherung?			

6.3 Durchmischung verschiedener Wohn-, Lebens- und Arbeitsformen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wird eine altersbezogene und soziale Mischung in den Wohnquartieren angestrebt?			
Gibt es eine Konzeptvergabe für neue Bauvorhaben/Quartiere?			
Werden Projekte zum „Mehrgenerationenwohnen“ oder „flexiblen Wohnraum“ unterstützt?			
Wird die Kommune bei Leerständen von Wohnraum aktiv?			
Bietet die Kommune Programme oder Unterstützung zum „Wohnungstausch“ an?			
Gibt es Projekte, die Wohnen für Jung und Alt fördern, wie zum Beispiel „Wohnen für Hilfe“?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

6.4 Beteiligung und Vernetzung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Einwohner/innen bzw. Familien und Kinder frühzeitig bei der Planung neuer Einrichtungen/Baugebiete/Spielplätze beteiligt (zum Beispiel durch Ideenwerkstätten, Planungswerkstätten, Ortsbegehungen)?			
Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Bauträger, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Wohnen, Wohnumfeld, Mobilität“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Werden bei Mobilitätsbelangen die vielfältigen Bedarfe der im jeweiligen Quartier lebenden Menschen erhoben (Sozialraumanalyse) und werden diese bei der Planung und Umsetzung berücksichtigt?			
6.5 Kommunale Entwicklungskonzepte	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ein Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept?			
Gibt es kleinräumige Quartiersentwicklungskonzepte?			
Berücksichtigen die Stadt-/Gemeinde- und Quartiersentwicklungskonzepte die künftige Bevölkerungsentwicklung?			
Gibt es für den Neu- und Umbau öffentlicher Einrichtungen und den öffentlichen Wohnbau flexible Raum- und Nutzungskonzepte?			
Gibt es ein kommunales Energiekonzept, um langfristig eine bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung zu sichern?			
Gibt es ein kommunales Mobilitäts- und Verkehrskonzept, das die Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen/Wohngebiete/Ortsteile sicherstellt?			
Gibt es ein Konzept, das Nutzungsverhältnis des öffentlichen Raums für Automobilverkehr und andere Nutzungsformen zu prüfen (zum Beispiel durch Parking-Days, Straßenzugsperrung durch Spielstraßen)?			
6.6 Überprüfung der Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen zur Förderung einer familienfreundlichen Stadt- bzw. Gemeinde- und Quartiersentwicklung regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

6.7 Informationen zur kommunalen Infrastruktur	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune Stadtpläne oder Wegweisersysteme für spezielle Zielgruppen, die mit deren Beteiligung erstellt werden ...			
... für Kinder?			
... für Jugendliche?			
... für Menschen mit Behinderung?			
... für ältere Menschen?			
Gibt es diese Informationen ...			
... in leichter Sprache?			
... digital zugänglich?			
6.8 Informationen zu kommunalen Angeboten und Leistungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Informiert die Kommune analog und digital über ...			
... Angebote zu günstigem Wohnraum für Familien?			
... Angebote zum familienfreundlichen Wohnumfeld?			
... die regionale Nahversorgung?			
... Fahrdienste und Transportmöglichkeiten?			
... bestehende Sozialvergünstigungen insbes. im ÖPNV (Sozialtickets, Sozialtarif Car Sharing)?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

6.9 Lebendige Stadt- und Ortsteile und Quartiere für alle Generationen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht eine bedarfsgerechte integrative Infrastruktur im Stadtteil/Ortskern/ Quartier zur Nahversorgung, Kommunikation etc.?			
Gibt es öffentliche Treffpunkte/für Jung und Alt?			
Gibt es günstige/kostenfreie Nachbarschaftsräume?			
Bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Begegnung unter und zwischen den Generationen (zum Beispiel in einem Generationencafé, Quartierstreff, Gemeinschaftsgärten etc.)?			
Gibt es ausreichend Sitzgelegenheiten im Öffentlichen Raum (niedrigschwellige Begegnung, Zugang für mobilitätseingeschränkte Personen)?			
Werden bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes die vielfältigen Bedarfe der im jeweiligen Quartier lebenden Menschen erhoben (Sozialraumanalyse) und werden diese bei der Planung und Umsetzung berücksichtigt, auch im Hinblick auf das Thema Sicherheit?			
6.10 Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Sind vor Ort Nahversorgungseinrichtungen (auch ohne Auto und für ältere Menschen) in angemessener Zeit zu erreichen ...			
... Einkäufe für den täglichen Bedarf?			
... Ärzte, Apotheke?			
... Postdienst, Bank, Sparkasse?			

6.11 Verkehrssicherheit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wird das Wege- und Verkehrskonzept – auch in Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde – das sicherstellt, dass Kitas und Schulen gefahrlos erreicht werden können, regelmäßig aktualisiert?			
Gibt es Alternativkonzepte zu den Elterntaxis?			
Gibt es spezielle Nutzungsordnungen für Straßen, um den Schulbetrieb während der Betriebszeiten zu sichern (zum Beispiel Schulstraßen, s. Schulstraßenerlass BW)?			
Werden verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen etc. gemäß Straßenverkehrsordnung gezielt in Wohngebieten und im Umfeld von Bildungsstätten angelegt?			
Gibt es ...			
... Initiativen zur Bildung von Wegegruppen (Erwachsene/Kinder), zum Beispiel Projekt „Laufender Schulbus“?			
... Schülerlotsen an vielbefahrenen Straßen?			
... Verkehrssicherheitsinfrastruktur (zum Beispiel Querungshilfen)?			
Gibt es ein Konzept für sicheren Radverkehr, insbesondere unter Berücksichtigung der besonderen Ziele § 3 Abs. 2 LMG (getrennte Rad- und Fußwege)?			
Gibt es ein Verkehrssicherheitsaudit/Fußverkehrscheck, das die Verkehrssicherheit in der Kommune überprüft und Vorschläge für Verbesserungen macht?			
Gibt es Verkehrssicherheitskampagnen, die die Bevölkerung allgemein sowie gezielt Eltern und Kinder über die Verkehrssicherheit aufklären und sie dazu anregen, sicher zu fahren oder zu gehen?			

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 6

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

6.12 Verkehrsanbindung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune eine gute Anbindung der Stadtteile und Ortschaften ...			
... durch den öffentlichen Nahverkehr?			
... durch ein gutes Radwegenetz – ggf. unterstützt durch Radkoordinator/innen – nach dem Landesmobilitätsgesetz?			
... ergänzende Angebote (zum Beispiel Sammeltaxi, Bürgerbus, Carsharing, Elektromobilität)?			
... ehrenamtliche Fahrdienste?			
... Nachttaxi für Frauen?			

6.13 Barrierefreie Verkehrswege, familienfreundlicher und geschlechtergerechter Verkehrsraum	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Sind in der Kommune ...			
... die Zugänge zu den öffentlichen Einrichtungen barrierefrei?			
... die Bordsteinkanten abgesenkt?			
... Kinderwagensteighilfen an Treppen?			
... für öffentliche Einrichtungen Familienparkplätze ausgewiesen?			
... die öffentlichen Einrichtungen ausreichend mit Abstellanlagen für Fahrräder (einschließlich Lastenräder), ausgestattet?			
... der Öffentliche Personennahverkehr barrierefrei?			
... die allgemeinen Ziele, § 2 Ziff. 2 Landesmobilitätsgesetz BW, zu barrierefreier sowie kinder- und jugendfokussierter Mobilität bekannt und werden bei Entscheidungen mit Verkehrsbezug standardmäßig berücksichtigt?			



FREIZEIT UND KULTUR



STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

7.1 Leitziel „Freizeit und Kultur“ Ja Nein Handlungsbedarf

Ist das Leitziel „Freizeit und Kultur“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...

... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?

... eines Gemeinderatsbeschlusses?

... einer familienbewussten Orientierung im Rahmen eines Leitbildes/ Konzepts der Verwaltung?

7.2 Unterstützung durch die Kommune Ja Nein Handlungsbedarf

Fördert die Kommune bürgerschaftliche Aktivitäten und Initiativen zur Ergänzung und zum Ausbau des örtlichen familienfreundlichen Freizeit- und Kulturangebotes für Familien/alle Generationen durch ...

... finanzielle Unterstützung?

... Bereitstellung von Räumen?

... Sachmittel und logistische Hilfen?

... personelle Unterstützung/hauptamtliche Fachkräfte?

Gibt es in der Kommune Richtlinien, die Vereine, insbesondere deren Kinder- und Jugendarbeit fördert (unter besonderer Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kinder- und Jugendschutzes)?

Gibt es in der Kommune einen Kinder-/Familienpass zur Vergünstigung von Freizeit- und Kulturangeboten?

Hat die Kommune (über ihren Landkreis) die Ehrenamtskarte des Landes eingeführt, mit der besonders Ehrenamtliche und bürgerschaftlich engagierte Akteurinnen und Akteure durch Vergünstigungen und Ermäßigungen Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren?

7.3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung Ja Nein Handlungsbedarf

Sind bei allen Aspekten dieses Handlungsfeldes die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt?

7.4 Spiel-, Sport- und Freizeitflächen für alle Generationen Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es eine bedarfsorientierte Spielplatz-, Sport- und Freizeitflächenplanung der Kommune für alle Generationen?

Wird diese regelmäßig fortgeschrieben?

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

7.5 Beteiligung und Vernetzung Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es in der Kommune für Familien, Jugendliche und andere Zielgruppen die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge zu Freizeit- und Kulturangeboten einzubringen und sich an deren Umsetzung zu beteiligen (zum Beispiel Jugendkonferenzen)?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur, die Unternehmen, Einrichtungen, Kirchen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Freizeit und Kultur“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?

7.6 Überprüfung der Nachhaltigkeit Ja Nein Handlungsbedarf

Werden die Maßnahmen im Bereich „Freizeit und Kultur“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

7.7 Informationen zu Freizeit, Kultur-, Bewegungs- und Sportangeboten Ja Nein Handlungsbedarf

Gibt es in der Kommune ...

... einen zentralen Veranstaltungskalender, der auch die Veranstaltungen der freien Träger, Kirchen, Jugendverbände usw. umfasst?

... die Veranstaltungsinformationen auch in sozialen Netzwerken eingestellt?

... zielgruppenorientierte Stadtpläne oder Wegweisersysteme (zum Beispiel Kinderstadtplan, Still- und Wickelmöglichkeiten, öffentliche Toiletten), die Informationen über Freizeit- und Kultureinrichtungen bündeln?

... frei zugängliches WLAN?

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

7.8 Gemeinsame Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es in der Kommune ...
- ... Freizeitangebote für Kinder/Jugendliche gemeinsam mit ihren Eltern oder Großeltern, zum Beispiel auch innerhalb der Ferienprogramme?
 - ... Familienfreizeiten?
 - ... Angebote an Wochenenden und/oder Feiertagen?
 - ... spezifische Angebote für Mütter und Väter?
 - ... und Alleinerziehende?

7.9 Orte für junge Menschen Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es in der Kommune ...
- ... einen Jugendtreff mit sozialpädagogischen Angeboten?
 - ... einen Jugendtreff in Selbstverwaltung?
 - ... wohnortnahe Treffpunkte für Jugendliche außerhalb von Einrichtungen?
 - ... wohnortnahe Bewegungsangebote (Spielplatz, Bolzplatz, Basketball, Streetball, Skaterplatz, Klettern und andere)?
 - ... Räume für Kinder und Jugendliche zur Nutzung, zum Beispiel für Geburtstage?
 - ... Proberäume für Musikgruppen?

7.10 Nutzung der Schulhöfe Ja Nein Handlungsbedarf

- Können Kinder und Jugendliche die Schulhöfe und deren Einrichtungen auch außerhalb der Schulzeit nutzen?
- Bieten die Schulhöfe Bewegungs- und Spielanreize?

7.11 Kulturelle Angebote Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es vor Ort ...
- ... kommunale Angebote zur musikalischen und künstlerischen Förderung?
 - ... musisch-kulturelle Angebote für Familien?
 - ... besondere traditionelle Angebote (Brauchtum), Festivals, Straßenfeste, Konzerte für Familien?
 - ... in den Bibliotheken Angebote für Eltern und Kinder unterschiedlicher Altersgruppen mit Kinderbetreuung und zielgruppenspezifischen Öffnungszeiten?
 - ... in Kulturstätten (zum Beispiel Schlösser, Gärten, Theater, Museen, Ausstellungen) für Familien Ermäßigungen?
 - ... zielgruppenorientierte Kinoangebote (Senioren-, Kinder-, Familienkino)?
 - ... Angebote zur Stadtgeschichte (Rundgang, Geschichtswerkstatt, Heimatmuseum)?

7.12 Kommunale Spiel-, Sport- und Freizeitangebote Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es in der Kommune ...
- ... offene Spiel- und Sportflächen?
 - ... Bäder, Badeseen, Wintersportanlagen?
 - ... Naherholungsgebiete (zum Wandern, Radfahren, Walking, Joggen etc.)?
 - ... offene Park- und Grünflächen (mit Spielgeräten, Sitzgelegenheiten etc.)?
 - ... Grillplätze/-hütten?
 - ... Sonstiges:

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 7

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!



**INTEGRATION UND
TEILHABE VON
MENSCHEN MIT
MIGRATIONSGESCHICHTE**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

8.1 Leitziel „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es für die Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ eine Zielsetzung aufgrund ...			
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... oder eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ eine Vorbildfunktion für andere Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			
8.2 Bestandsaufnahme der bestehenden Strukturen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten der Kommunalverwaltung im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ und wird diese regelmäßig fortgeschrieben?			
8.3 Bürgerschaftliches/Freiwilliges Engagement	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Fördert die Kommune Bürgerschaftliches Engagement im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

8.4 Beteiligung, Vernetzung und Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden Einwohner/innen mit und ohne Migrationsgeschichte regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ beteiligt (zum Beispiel durch Integrationsrat, gemeinsamen Integrationsausschuss oder kommunale Migrantenvertretungen)?			
Gibt es ein Leitbild/Konzept für die niedrigschwellige Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte?			
Existiert eine feste Netzwerkstruktur, die Migrantenorganisationen, kommunale Integrationsakteurinnen und -akteure, Träger von Migrationsdiensten, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Einrichtungen, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppen, Runder Tisch)?			
Gibt es personelle Ressourcen, um die Zusammenarbeit im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ koordinieren zu können?			
8.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

8.6 Zielorientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit?			
Sind bei allen öffentlichen Informationen über Anlaufstellen und Angebote Menschen mit keinen oder geringen Kenntnissen der deutschen Sprache berücksichtigt (zum Beispiel über Grundlageninformationen in Sprachen der zahlenmäßig am stärksten vertretenen Nationalitäten, Übersetzungsfunktionen bei digitalen Informationen)?			
Werden beim Informationsangebot zielgruppenspezifische Aufenthaltsorte berücksichtigt?			
Werden die Angebote in Apps eingepflegt?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

8.7 Serviceleistungen zur Förderung von Integration	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ...			
... einen trägerübergreifend einheitlichen Einstieg in die Sprach- und Bildungsförderung, der bereits in der frühen Kindheit ansetzt?			
... ergänzend zu den regulären Sprachkursen zielgruppen-/bedarfsspezifische Sprachangebote?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Eltern mit Migrationsgeschichte zu Fragen von Bildungs- und Betreuungsangeboten (zum Beispiel Elternmentorinnen und -mentoren)?			
... niedrigschwellige Unterstützungsangebote in den Bildungsangeboten und zum Übergang Schule-Beruf (zum Beispiel Patenschaftsprojekte, Lernbegleiter/innen)?			
... bedarfsorientierte Beratungs- und Unterstützungsleistungen für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte?			
... Angebote für pflegende Angehörige mit Migrationsgeschichte?			
... Zugang zu einem Dolmetschendenpool bzw. zu Sprachmittlung?			

8.8 Interkulturelle Begegnung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Wird vor Ort die interkulturelle Begegnung gefördert, zum Beispiel durch ...			
... Veranstaltungen und/oder Feste für die gesamte Kommune?			
... interkulturelle Austauschprogramme und Projekte zum Beispiel über den Jugendaustausch, in den Schulen oder in Vereinen?			
... Orte der interkulturellen Begegnung (zum Beispiel in Begegnungscafés, Jugendtreffs etc.)?			
... regelmäßig tagende „Runde Tische“ bzw. Gesprächsforen mit regelmäßiger Beteiligung der Kommune (zum Beispiel lokaler Rat der Kulturen bzw. lokaler Rat der Religionen)?			

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 8

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!



**ÄLTERWERDEN,
ZUSAMMENLEBEN DER
GENERATIONEN**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

9.1 Leitziel „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune über den Kreispflegeplan des Landkreises hinaus eine Zielsetzung im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ aufgrund ...			
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Übernimmt die Kommune durch ihre Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ eine Vorbildfunktion für Institutionen und Arbeitgeber vor Ort?			
9.2 Bestandsaufnahme und konzeptionelle Entwicklung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme der Kommune zu bisherigen Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ und wird diese regelmäßig am Bedarf der Familien angepasst?			
Werden Quartiers- oder Sozialraumkonzepte geplant bzw. umgesetzt?			
PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT			
9.3 Beteiligung und Vernetzung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden ältere Menschen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen zur Verbesserung der Situation von Seniorinnen und Senioren beteiligt zum Beispiel durch Befragungen?			
Gibt es einen Ortsseniorenrat? Und hat dieser ein Anhörungsrecht?			
Gibt es vor Ort eine feste Netzwerkstruktur, die Seniorenorganisationen, Träger der Seniorendienste, Einrichtungen, Kirche, Vereine und Verbände zusammenbringt und die Aktivitäten im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ koordiniert (zum Beispiel Lokales Bündnis, Agenda Gruppe, Runder Tisch)?			
Fördert die Kommune bürgerschaftliches Engagement in diesem Handlungsfeld?			
Gibt es personelle Ressourcen in diesem Arbeitsbereich?			

9.4 Überprüfung der Nachhaltigkeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Werden die Maßnahmen im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ regelmäßig überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?			
9.5 Zielorientierte Informations-/Öffentlichkeitsarbeit	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Informiert die Kommune über ihre Aktivitäten und Angebote im Bereich „Älterwerden, Zusammenleben der Generationen“ durch eine aktive und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit (digital und analog)?			
Gibt es präventive aufsuchende Angebote für ältere Menschen und deren Angehörige (zum Beispiel präventive Hausbesuche)?			
9.6 Informationen, Beratung und Unterstützung	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Informiert die Kommune über ...			
... den zuständigen Pflegestützpunkt, die betrieblichen Pflegelotsen oder andere Beratungsstellen über das gesamte Spektrum der Beratungs- und Unterstützungsangebote?			
Gibt es in der Kommune ...			
... Unterstützungsangebote beim Umgang mit neuen und digitalen Prozessen (elektronische Patientenakte, digitale Portale der Kranken- und Pflegekassen, digitale Angebote im Rahmen der Altenhilfe, ...)?			
... Anlaufstellen, die zum Thema Wohnraumanpassungen beraten?			
... Ansprechpersonen, die Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeit mit älteren Menschen und pflegebedürftigen Menschen im Vor- und Umfeld von Pflege fördern und unterstützen?			

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

9.7 Orte und Infrastruktur	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es für ältere Menschen in der Kommune ...			
... Begegnungsstätten, offene Treffpunkte, Vereinsräume, kirchliche Gemeindehäuser etc.?			
... Mehrgenerationenhäuser mit spezifischen Angeboten für ältere Menschen und Familien?			
... eine barrierefreie und gut ausgebaute Infrastruktur für ältere Menschen (zum Beispiel Ärzte, Einkaufen, Öffentliche Toiletten, Ruhebänke, Spazierwege, Bewegungsgeräte)?			
... quartier- /stadtteilbezogene bzw. zentral erreichbare Kommunikationsorte (zum Beispiel Märkte, Grünanlagen, Dorfplätze, Cafés)?			
... eine gute Verkehrsinfrastruktur (günstiger und regelmäßiger ÖPNV, Bürgerbus, sichere Fortbewegung zu Fuß und mit dem Rad)?			
... Freizeit-, Gesundheits- und Bewegungsangebote (Sport, Kultur, Bildung)?			
... vergünstigte Mittagstischangebote, Vesperkirchen oder ähnliches?			
... offen zugängliche kühle Räume im Sommer als Hitzeschutzmaßnahmen?			
9.8 Mehrgenerationenansatz und Aktivitäten	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune gemeinsame Aktivitäten/Projekte von Alt und Jung?			
Gibt es Vereine, Einrichtungen und/oder Begegnungsstätten mit Angeboten für ältere Menschen, die gezielt mit einem Mehrgenerationenansatz arbeiten?			
Gibt es Angebote, welche die besonderen sprachlichen und kultursensiblen Themen von älteren Menschen mit Migrationsgeschichte berücksichtigen?			

9.9 Wohnortnahe Dienst- und Unterstützungsleistungen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es wohnortnahe Unterstützung, damit hilfe- und pflegebedürftige ältere Menschen auch bei zunehmendem Betreuungsbedarf zunächst in einer Wohnung vor Ort bleiben können, zum Beispiel ...			
... Besuchsdienste?			
... Nachbarschaftshilfe?			
... praktische Alltagshilfen (Begleitdienste, Lieferdienste, Haushalt, Haus und Garten etc.)?			
... Angebote zur Unterstützung im Alltag ?			
... Essen auf Rädern?			
... ambulante Betreuungs- und/oder Pflegedienste?			
9.10 Service-Wohnen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es in der Kommune ...			
... ein Angebot an betreuten Wohnungen?			
... Angebote für Mehrgenerationenwohnen?			
... ambulant betreute Wohngruppen als Pflege-WGs?			
... sonstige Wohnprojekte?			
9.11 Betreuung und Pflege	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es vor Ort oder in einer Nachbarkommune ein bedarfsgerechtes Angebot an ...			
... Betreuungsgruppen insbesondere für Menschen mit Demenz?			
... Tagespflegeplätzen?			
... Plätzen zur Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege?			
... Dauerpflegeplätzen?			
... Angebote für behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Pflegebedarf?			

ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 9

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

9.12 Unterstützung und Entlastung für pflegende An- und Zugehörige Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es in der Kommune ...
- ... als Arbeitgeber Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wie beispielsweise einen betrieblichen Pflegelotsen?
 - ... Informationsangebote zur Fortbildung zum betrieblichen Pflegelotsen (zum Beispiel über familyNet)?
 - ... Qualifizierungsangebote für pflegende An- und Zugehörige?
 - ... Selbsthilfegruppen/Gesprächskreise?
 - ... Angebote oder Netzwerke zur Kurzzeitentlastung für pflegende An- und Zugehörige?

9.13 Hospizdienste Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es vor Ort oder in angemessener Entfernung Dienste zur Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen, zum Beispiel ...
- ... im häuslichen Bereich?
 - ... in einer ambulant betreuten Hospizwohnung?
 - ... in einem stationären Hospiz?
 - ... einen Kinderhospizdienst?

9.14 Tod und Bestattung Ja Nein Handlungsbedarf

- Gibt es ...
- ... eine Friedhofsordnung, die verschiedene Bestattungsriten und Bedarfslagen (zum Beispiel Familiengrab) berücksichtigt?
 - ... ein Angebot von verschiedenen Bestattungsorten (Friedhof, Friedwald etc.)?
 - ... Bestattungsmöglichkeiten für Sternenkinder?
 - ... Angebote/Selbsthilfegruppen für trauernde Angehörige?



**GESUNDHEITS-
FÖRDERUNG UND
PRÄVENTION**

STRUKTURFRAGEN FÜR RAT UND VERWALTUNG

10.1 Leitziel „Gesundheitsförderung und Prävention“	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Ist das Leitziel „Gesundheitsförderung und Prävention“ als Bestandteil des familienfreundlichen Handelns in der Kommune verankert aufgrund ...			
... eines Auftrags des/der (Ober-)Bürgermeisters/-in?			
... eines Gemeinderatsbeschlusses?			
... im Rahmen eines Leitbildes/Konzepts der Verwaltung?			
Beteiligt sich die Kommune an überörtlichen Initiativen und Netzwerken zur Gesundheitsförderung und Prävention, zum Beispiel an der Kommunalen Gesundheitskonferenz des Landkreises oder am Landesnetzwerk „Gesundheitsförderliche Stadt- und Gemeindeentwicklung“?			
Stellt die Kommune Finanzmittel für Gesundheitsförderung und Prävention in den Haushalt ein?			
Ist Gesundheit als Querschnittsaufgabe in der Kommune verankert (im Sinne des Health in All Policies-Ansatzes)?			
Gibt es eine verantwortliche Person („Kümmerer/in“), die die Themen Gesundheitsförderung und Prävention in der Kommune koordiniert?			
Gibt es einen gemeinsamen Arbeitskreis der Ämter der Kommunalverwaltung zur Steuerung und Abstimmung gesundheitsrelevanter Aktivitäten?			
10.2 Bestands- und Bedarfsaufnahme der bestehenden Strukturen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Existiert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu bisherigen Aktivitäten der Gesundheitsförderung und Prävention in der Kommune und eine regelmäßige Fortschreibung?			
Existiert eine aktuelle Bedarfsanalyse zu Gesundheitsförderung und Prävention in der Kommune und wird diese regelmäßig aktualisiert?			

10.3 Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den Wohlfahrtsverbänden und anderen Fachstellen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Besteht eine Zusammenarbeit mit ...			
... dem Gesundheitsamt?			
... der Kommunalen Gesundheitskonferenz?			
... der Kommunalen Pflegekonferenz?			
... Krankenkassen?			
... Apotheken?			
... freien Trägern?			
... Primärversorgungszentren?			
... Frühe Hilfen?			
... erzieherischer Kinder- und Jugendschutz?			
... Jugendhäusern, mobile Jugendarbeiten?			
... dem Landwirtschaftsamt (Fachbereich Ernährung und Hauswirtschaft)?			
... Beratungsstellen, wie zum Beispiel			
– Schwangerschaftsberatungsstellen?			
– Fachberatungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt?			
– Ernährungsberatungsstellen (zum Beispiel mit Ernährungsbildungsangeboten)?			
– Suchtpräventionsstellen?			
– Selbsthilfekontaktstellen?			

PROZESSMANAGEMENT, BETEILIGUNG UND NACHHALTIGKEIT

10.4 Beteiligung und Vernetzung Ja Nein Handlungsbedarf

Werden Einwohner/innen regelmäßig an wichtigen strategischen Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention beteiligt (zum Beispiel durch Zukunftswerkstätten, Bürgerforen, Bürger/innenrat)?

Gibt es eine feste Netzwerkstruktur zur Koordination und Abstimmung von Gesundheitsförderung und Prävention (zum Beispiel Netzwerk für Gesunde Stadt/Gemeinde, Frühe Hilfen oder Präventionsketten) mit relevanten Akteurinnen und Akteuren?

10.5 Überprüfung der Nachhaltigkeit Ja Nein Handlungsbedarf

Werden die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention überprüft und kontinuierlich weiterentwickelt?

INFORMATION UND KOMMUNIKATION

10.6 Information über Angebote und Leistungen Ja Nein Handlungsbedarf

Werden die Angebote und Leistungen zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention ...

... an zentraler Stelle veröffentlicht?

... auf der Webseite der Kommune veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert?

Ja Nein Handlungsbedarf

... Seniorenorganisationen und -einrichtungen?

.... Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel ...

– Kindertagesstätten?

– Schulen?

– Volkshochschule?

... Treffpunkte, wie zum Beispiel ...

– Mehrgenerationenhäuser?

– Quartiersmanagement?

– Kinder- und Familienzentren?

... Vereine?

... Sonstige:

Gibt es ein gemeinsames kommunales Leitbild/Handlungskonzept aller Akteurinnen und Akteure?

ANGEBOTE UND LEISTUNGEN

10.7 Gesund aufwachsen	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es für ein gesundes Aufwachsen in der Kommune ...			
... Angebote im Bereich Frühe Hilfen?			
... Angebote im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder?			
... Angebote an Schulen?			
... Angebote, mit denen sozial benachteiligte Familien erreicht werden?			
... Angebote zur Suchtprävention (zum Beispiel Initiativen zur Alkoholprävention in der Jugendarbeit der Vereine)?			
... Angebote zum Umgang mit digitalen Medien?			
... Angebote, die über das Landesprogramm STÄRKE gefördert werden?			
... Angebote zur Ernährungsbildung und Kinderernährung?			

10.8 Gesund bleiben	Ja	Nein	Handlungsbedarf
Gibt es ...			
... von der Kommune veranlasste Aktivitäten und Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention (zum Beispiel Gesundheitstage)?			
... von der Kommune ein betriebliches Gesundheitsmanagement für ihre Belegschaft?			
... Bewegungsangebote im öffentlichen Raum?			
... Angebote zur Suchtprävention in allen Bereichen?			
... Hitzeaktionspläne (Innenraumtemperaturen, Trink-/Ruhekonzept etc.)?			
... die Ausweisung von Orten für Familien als Kühl- oder Wärmeorte?			
... Informationen über Kühl- und Wärmeorte in der Kommune insbesondere für kranke Menschen, Schwangere, Familien mit Säuglingen etc.?			
... die Verankerung von gesundheitlichen Präventionsketten bspw. in Bevölkerungsschutzplänen?			
... Elterninformationsangebote für Krisen?			

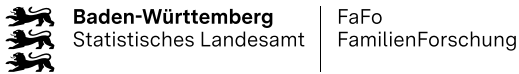
ZIELE FÜR HANDLUNGSFELD 10

Bitte schauen Sie noch einmal genau, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren Sie erste Ziele und Ideen!

KONTAKTINFORMATION



Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie
Baden-Württemberg e.V.
info@netzwerk-familie-bw.de
www.netzwerk-familie-bw.de



FamilienForschung Baden-Württemberg (FaFo)
fafo-bw@stala.bwl.de
www.fafo-bw.de



Kommunalverband für Jugend und
Soziales Baden-Württemberg (KVJS)
info@kvjs.de
www.kvjs.de



Landesfamilienrat Baden-Württemberg
info@landesfamilienrat.de
www.landesfamilienrat.de





Landesfamilienrat
Baden-Württemberg



Landesfamilienrat
Baden-Württemberg
Gymnasiumstraße 43
70174 Stuttgart

Tel.-Nr 0711 / 62 59 30
E-Mail info@landesfamilienrat.de



www.landesfamilienrat.de

